

die Finanziere dieser Organisation sind in der Großindustrie zu suchen, in der doch, wie man weiß, viele Personen jüdischer Abstammung leitende Stellungen haben.

In dem Programm wird weiter verlangt, daß eine uneingeschränkte und rücksichtslose Diktatur der faschistischen Gewalthaber durchgeführt wird. Das wird zwar nicht wörtlich gefordert, sondern man fordert eine straffe Zentralgewalt des Reiches. Auch wir Kommunisten wünschen eine straffe Zentralgewalt des Reiches, aber straff und entschlossen gegen diese Kreise, die hier fortgesetzt versuchen, nicht nur die sogenannte Ordnung und Sicherheit zu stören, sondern die drauf und dran sind, die Arbeiterschaft zu überfallen, um sie unfähig zu machen in ihrem Kampf gegen die Industriellen.

Was von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei gefordert wird, tritt noch mehr in Erscheinung in dem Programm der Großdeutschen Arbeiterpartei. Dort eine fast wörtliche Wiederholung, wer Staatsgenosse sein kann. Dann heißt es:

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.

Das ist ein ziemlich starkes Urteil über die gegenwärtige Regierung, denn es wird doch damit indirekt ausgesprochen, daß jetzt nicht nach Charakter und Fähigkeiten leitende Staatsposten besetzt werden. Es wird ferner in dem Programm gefordert, daß erste Pflicht jedes Staatsbürgers sein muß, geistig oder körperlich zu schaffen. Daher fordern sie die „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens“.

Damit fordern sie eigentlich das, was auch die Kommunisten fordern — natürlich stellen sich diese Herrschaften darunter etwas anderes vor. Unsere Forderung auf Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens bedeutet Beseitigung des Kapitalismus, Beseitigung der Möglichkeit, durch Spekulation, Wucher und Ausbeutung große Gewinne einzuheimen. Das will aber die Großdeutsche Arbeiterpartei natürlich nicht.

Dann fordert sie den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Die Herrschaften spüren gar nicht, daß sie damit eigentlich ihr eige-

nes Todesurteil sprechen; denn gerade ihre Tätigkeit ist die Schädigung des Gemeininteresses, wenn man darunter das Interesse der großen Masse der Bevölkerung versteht, die Interessen der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten.

Zur Durchführung fordert auch die Großdeutsche Arbeiterpartei eine starke Zentralgewalt, die Bildung von Standes- und Berufskammern. Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung ihres Programms rücksichtslos einzutreten. Also die Herrschaften rechnen bei der Durchführung ihres Programms mit Situationen, bei denen sie selbst ihr Leben einsetzen müssen. Das ist wohl verständlich, wenn schon die Führer der Deutschnationalen Volkspartei, wie Professor Hergt, erklären, daß es schließlich nötig sei, auch mit außerparlamentarischen Mitteln die Durchführung der Forderungen zu erzwingen, die die Deutschnationalen aufstellen.

Die Führer, die dieses Programm der Großdeutschen Arbeiterpartei unterschrieben haben, heißen Chwatal, Binder, Kretzschmann, Fahrenhorst, Hocke und Deike. Wir wissen nicht, wes Geistes Kinder diese Herrschaften sind. Nur von einem wissen wir bereits Näheres, nämlich von Deike. Er ist bereits an verschiedenen großen Waffenschiebungen beteiligt gewesen und deshalb auch von den Behörden verfolgt worden. Es wird sich bald herausstellen, wes Geistes Kinder diese Personen sind, die sich als die Führer dieser Großdeutschen Arbeiterpartei ausgeben. Aber es besteht kein Zweifel, daß auch hinter dieser Großdeutschen Arbeiterpartei, die der Zersplitterung der Arbeiter und als Streikbrecherorganisation dienen soll, dieselben großindustriellen Kreise stehen, die auch hinter den Mordorganisationen stehen.

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist in Preußen vom Minister des Innern verboten worden. Sie hat darauf in Preußen sofort den neuen Namen Großdeutsche Arbeiterpartei angenommen und treibt nach wie vor ihre Propaganda weiter, so daß die Notwendigkeit besteht, daß sich die Regierung auch diese Organisation einmal näher ansieht.

In Bayern ist es besonders Hitler, der dort die Führung dieser konterrevolutionären Bewegung in den Händen hat. Er führt neben Ehrhardt, Lüttwitz, Escherich und den übrigen Führern

seine Raubzüge nicht nur in Bayern durch, sondern versucht auch, in Norddeutschland Anhänger zusammenzusuchen. Hitler hat neulich in einer öffentlichen Versammlung in München erklärt, daß der Parlamentarismus abgewirtschaftet habe, die politischen Parteien bestünden heute nur noch um ihrer selbst willen, alle ihre Programme hätten sie nicht durchführen können und nur die Nationalsozialisten würden trotz aller Verbote imstande sein, den Nationalstaat mit einem freien, selbstbewußten Volke herzustellen. Das sind dieselben Phrasen, die auch Mussolini in Italien gebraucht hat, und zweifellos giert Hitler nach den Erfolgen des Mussolini in Italien.

Ich sagte schon, daß in Bayern die sozialdemokratischen Führer vor dem Wirken dieser Banditen heillose Angst bekommen haben. Neulich hat im Bayrischen Landtage eine Aussprache über diese Faschistenorganisation und ihre Taten stattgefunden. Es wurde sehr umfangreiches Material von den Sozialdemokraten, insbesondere schon vorher durch die sozialdemokratische Zeitung „Die Münchner Post“, veröffentlicht. Was hat nun der Minister des Innern, Herr Dr. Schweyer, auf diese Anklagen zu antworten gewußt? Er sagte:

Seit dem Staatsstreich Mussolinis ist die nationalsozialistische Bewegung plötzlich für viele der Brennpunkt aller Hoffnungen und Gegenstand stürmischer Begeisterung, für andere der Grund zur ernststen Sorge geworden. Seit Mussolinis Erfolgen hat diese Partei einen großen Aufstieg genommen.

Und nun kommt das Überraschende. Dr. Schweyer sagte weiter:

Der Zugang soll besonders aus den Linksparteien sehr stark sein. Der Grund zum Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung liegt also in dem Ringen der deutschen Volksseele nach Befreiung. Mit elementarer Gewalt kommt in dem enttäuschten deutschen Volke immer mehr der wirkliche Sachverhalt und Zusammenhang der Dinge zum Bewußtsein, und viele wenden sich von den bisherigen Führern ab und versuchen es mit neuen Propheten und neuen Evangelien.

Es ist dabei charakteristisch, daß Herr Dr. Schweyer den Anschein zu erwecken versuchte, als seien in diesen Hitler-Banden

linksgerichtete Arbeiterkreise vorhanden. Er spielt so ein wenig mit dem Gedanken, es sei eine revolutionäre Bewegung, um auf diese Weise die Arbeiterschaft für diese Bewegung zu ködern, und er beschwert sich dann — über die Maßnahmen des Ministers des Innern für Preußen, daß dieser es gewagt habe, diese nationalsozialistischen Verbände aufzulösen, da doch die Anwendung der Schutzgesetze gegen die Nationalsozialistische Partei nicht gegeben sei. Man treibt also auf der einen Seite eine große Hetze gegen den Bolschewismus, und auf der anderen Seite erklärt man, daß die linksgerichteten Arbeiterkreise in diesen faschistischen Organisationen sehr stark vertreten seien, daß aber trotzdem doch kein Grund vorliege, sie aufzulösen. Das ist ein ziemlicher Widerspruch, der die ganze Absicht erkennen läßt.

Auch die bayrische Regierung unterstützt diese konterrevolutionäre Bewegung. Es wird von dem Minister Schweyer gesagt:

Das viel verschriene Bayern ist in der Gewährung der jeder Partei zustehenden verfassungsmäßigen Rechte freier und weniger ängstlich als der Norden Deutschlands.

Davon hat aber die Kommunistische Partei in Bayern nicht sehr viel gespürt, nämlich von dieser Freiheit und geringeren Ängstlichkeit der bayrischen Regierung. Auch sind in Bayern die brutalsten Justizmorde begangen worden. Dort ist erst vor wenigen Wochen das Justizverbrechen an Fechenbach<sup>[13]</sup> und anderen begangen worden. Und da wagt man es, in der Öffentlichkeit zu erklären, daß die bayrische Regierung freier und duldsamer gegenüber allen Bewegungen sei. Man ist es nur gegenüber der Konterrevolution. Allerdings sagt Schweyer, daß er auch gegen die Hitler-Garden vorgehen werde, wenn sie irgendwie bedenklich werden sollten. Er sagt aber zu den Hitlerversammlungen:

Es besteht kein Anlaß, die Abhaltung dieser Versammlungen zu verhindern. Die Nationalsozialistische Partei müsse eben, wie andere Parteien auch, das Recht der Versammlungsfreiheit in Anspruch nehmen können.

Wir werden ja bei der Interpellation der Deutschnationalen Volkspartei gleich hören, daß sie sich über die Einschränkung

der Versammlungsfreiheit in Preußen und über politischen Terror beschwert. Niemand will der Deutschnationalen Volkspartei oder den rechtsgerichteten Arbeiterkreisen die Versammlungsfreiheit nehmen. Aber wenn jemand kein Recht hat, sich über Terror, über die Verhinderung von Versammlungen zu beschweren, so ist es wohl gerade die Deutschnationale Volkspartei; denn in ihren Kreisen ist doch systematisch der Terror gezüchtet worden zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung. Ich will gar nicht erst auf die Zeiten vor dem Kriege zurückgreifen, als gerade diese Partei die Herrscherin in den Regierungen und Behörden war. Ich will nicht daran erinnern, mit welcher Brutalität man die Arbeiterversammlungen gewerkschaftlicher und politischer Art verboten hat, wie man versucht hat, jede freie Arbeiterbewegung zu erdrosseln. Und nun kommt gerade diese Partei mit Klagen über die Einschränkung der Versammlungsfreiheit. In Bayern hat die Regierung, die gerade diesen Kreisen nahesteht, den revolutionären Arbeitern jede Möglichkeit einer freien Betätigung genommen. Monatelang hat man es in München den Kommunisten unmöglich gemacht, eine Zeitung herauszugeben.

Bei der Besprechung über die Tätigkeit der Hitler-Garden im Bayrischen Landtage ist dargelegt worden, wie sie in Regensburg, in Augsburg, in Marktbreit, in Koburg, in Nürnberg, schwer bewaffnet und mit Gummiknüppeln ausgerüstet, ihre Versammlungen veranstaltet haben, daß sie Arbeiter verprügelt haben, die es wagten, einen Widerspruch in diesen Versammlungen zu erheben, daß sie Personen auf der Straße überfallen und niedergeschlagen haben, ja, daß man geplant hat, auch das Zeitungsgebäude der „Münchner Post“ zu überfallen, um es zu demolieren. Herr Hitler sagte zwar, er wüßte nichts davon. Es liegen aber Beweise dafür vor, daß man diese Absichten gehabt hat, um sich zu rächen für die fortgesetzten Beschuldigungen, die die sozialdemokratische Zeitung in München gegen die Hitler-Garden erhoben hatte. Ich will auf die Einzelheiten dieser Vorgänge schlimmster Art nicht näher eingehen und auch nicht weiter ausführen, wie die Hitler-Garden alles darauf anlegen, die Arbeiter in Bayern zu provozieren, um einen Anlaß zu haben, gegen sie mit brutalster Gewalt vorzugehen. In einigen bayri-

schen Städten, in Augsburg, in Marktbreit, in Koburg haben sich Dinge abgespielt, die jeder Beschreibung spotten.

Aber diese Hitler-Garden versuchen auch von Bayern aus ihre Feldzüge über die Grenzen Bayerns hinaus auszudehnen, sie stehen in ständiger Verbindung mit dem Rheinland und Ostpreußen und versuchen, sich Waffen zu verschaffen oder sie dort, wo sie sie schon haben, in sicherem Versteck zu halten, um den großen Schlag zu führen, mit dem man in Deutschland dann eine radikale Umänderung herbeiführen will. Man will nicht nur das jetzige Regierungssystem beseitigen, sondern auch die brutale Diktatur aufrichten, die Stinnes braucht, um sein Programm durchzuführen; denn es besteht kein Zweifel darüber, daß hinter allen diesen Maßnahmen diese großindustriellen Kreise als Finanziers stehen. Da ist es „eigenartig“, wenn vom Minister des Innern dieser Bewegung noch eine Unterstützung insofern zuteil wird, indem er diesen Kreisen unter der Maske von Regimentsfeiern Gelegenheit gibt, zusammenzukommen und ihre Pläne zu schmieden. Der Preußische Minister des Innern hat unter dem 29. September verordnet, daß gesellige Veranstaltungen von Vereinigungen ehemaliger Truppenteile auch außerhalb gedeckter Räume und unter Beteiligung von Angehörigen und Gästen gestattet sind.

Was die Roßbach und Ehrhardt im Reiche treiben, ist durch die Zeitungen so offenkundig geworden, daß die Regierung, wenn sie überhaupt den ernstesten Willen hat, gegen diese konterrevolutionären Bestrebungen vorzugehen, hier unbedingt zugreifen muß. Als man Roßbach, der nach dem Ausspruch von Hitler nach Norddeutschland geschickt worden ist, um hier ebenfalls solche bewaffneten Banden zu schaffen, in Berlin verhaftete, hat man ihm im Polizeipräsidium angeblich nichts nachweisen können (Zuruf bei den Kommunisten: „Oder nichts nachweisen wollen!“), und man hat diesen „harmlosen“ Mann dann ruhig wieder laufen lassen, weil kein Fluchtverdacht vorlag.

Solche Herren läßt man ruhig ihre dunklen Maßnahmen treffen, bis man eines schönen Tages in der Regierung genauso überrascht sein wird, wie man es am Tage des Kapp-Putsches war, wo man noch kurz vorher der Bevölkerung erzählte, daß man die Offiziere fest in der Hand habe, daß sie fest zur Republik stän-

den. Eines schönen Tages werden auch der jetzigen Regierung die Augen aufgehen über die „Harmlosigkeit“ dieser Bewegung.

Es ist vor einiger Zeit im Reichstage eine ziemliche Erregung entstanden, als man plötzlich entdeckt haben wollte, daß ein Anschlag gegen den damaligen Reichskanzler Wirth geplant sei. Wir Kommunisten verstehen nicht die „Entrüstung“ darüber, daß hin und wieder einer der demokratisch gesinnten Männer abgeschossen wird, wir wundern uns nur darüber, daß nicht noch mehr abgeschlachtet werden; denn es wird diesen faschistischen Herrschaften in Deutschland doch zur Genüge Bewegungsfreiheit gegeben. In Wirklichkeit ist die Schuld daran nur der Regierung zuzumessen, die nicht die Kraft und den Mut aufbringt, gegen diese Kreise energisch vorzugehen. Es ist nicht von ungefähr, wenn die Faschisten auch in Deutschland schon versuchen, die Gewerkschaftshäuser zu demolieren, um den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, in ihren eigenen Häusern zusammenzukommen. Das Attentat auf das Volkshaus in Leipzig ist ein deutlicher Fingerzeig dafür, nach welcher Richtung sich diese Kreise betätigen wollen.

Auch bei den Wahlen in Oberschlesien haben sich diese Faschistenhäuptlinge sehr bemerkbar gemacht. Dort war es der an sich wirklich recht unbedeutende Knüppel-Kunze, der versuchte, in ähnlicher Weise die Arbeiterschaft zu provozieren, um einen erwünschten Anlaß zu haben, mit seinen Banden über die Arbeiter herzufallen. Er ist in unsere kommunistischen Versammlungen eingedrungen, um sie zu sprengen und die versammelten Arbeiter mit Gummiknüppeln zu bearbeiten. Dieser Versuch ist ihm aber sehr schlecht bekommen.

Wir sehen, wie im ganzen Lande diese Leute versuchen, die Arbeiterschaft dazu zu treiben, was die Konterrevolution in Deutschland seit langem ersehnt, nämlich: zu Aufständen und Provokationen, um dann mit ihren wohlorganisierten Banden über die Arbeiterschaft herzufallen. Sie wünschen insbesondere auch, daß ihnen dazu die Teuerungsunruhen einen Anlaß geben.

Wir als Kommunisten sagen den Arbeitern immer wieder, daß die Teuerungsunruhen, die Plünderungen von Läden absolut keine geeigneten Mittel sind, ernstlich den Kampf gegen die Teuerung und ihre Ursachen zu führen, sondern daß dazu nur der

organisierte Massenkampf der Arbeiterschaft dient. Trotzdem wird immer wieder versucht, die Kommunisten als die Urheber dieser Unruhen hinzustellen. Es ist bedauerlich, daß es meistens Sozialdemokraten sind, die solche Verleumdungen gegen die Kommunisten erheben und damit die wirklichen Ursachen dieser Krawalle verschleiern. Auch bei dem Lohnkampf in Düsseldorf Anfang November versuchte die SPD, die Kommunisten als die Anstifter hinzustellen, obgleich die sozialdemokratische Zeitung in Düsseldorf im Anfang sehr wohl wußte, was die Ursache des Generalstreiks in Düsseldorf war, nämlich: die Lohnforderungen der Arbeiter der Mannesmann-Werke. Sie wußten, wie dort die Arbeiter in ihrer Not ganz spontan in den Streik getreten sind. Jetzt, nachdem die Gewerkschaftsführer diesen Kampf preisgegeben haben, stellen sie ihn als eine kommunistische Mache hin. Diese Behauptung steht jedoch nicht nur mit der Wahrheit in Widerspruch, sie soll nicht nur die Arbeiter von diesem Verrat ablenken, sondern sie dient in Wirklichkeit auch zur Unterstützung dieser reaktionären Bewegung in Deutschland, weil durch solche Hetze die Arbeiterschaft immer wieder davon abgehalten wird, sich zu einer einheitlichen, geschlossenen Kampffront zusammenzufinden.

Und nun nochmals zu der Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei, in der gefragt wird: Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um die von der Verfassung und dem Betriebsrätegesetz verbürgte Gesinnung sicherzustellen?

In der Anfrage wird weiter gefragt, was die Regierung zu tun gedenkt, um den gegen die rechtsgerichteten Arbeiterkreise ausgeübten Terror zu verhindern. Ja, meine Herren von der Deutschnationalen Volkspartei, ich habe schon gesagt, daß Sie am allerwenigsten einen Anlaß haben, sich über Terror zu beschweren, Sie, die systematisch diesen Terror in Deutschland hervorgerufen und geübt haben, Sie, die hinter diesen Mörderbanden stehen, Ihnen, denen nachgewiesen ist, daß die Ministermörder, daß alle diejenigen, die Arbeiter getötet und niedergeschlagen haben, Rückhalt in Ihrer Partei finden! (Abgeordneter Dallmer: „Haben Sie das nachgewiesen?“)

Sie kennen vielleicht die Broschüre von Gumbel „4 Jahre politischer Mord“. Jede Seite ist eine heftige Anklage gegen die von

der Deutschnationalen Volkspartei geleistete Unterstützung der Ministermörder und derjenigen, die systematisch Arbeiter abgeschlachtet haben. („Sehr richtig!“ beiden Kommunisten.) Sie werden doch hoffentlich dem Glauben schenken, was der bürgerliche Autor Gumbel in seiner Broschüre dargelegt hat. Seitenlang könnte ich daraus die Anklagen gegen Sie verlesen, aber nur ein einziges Beispiel will ich geben, um den Nachweis zu führen, daß die Deutschnationale Volkspartei hinter diesen Mördern steht. Das sind Beweise. Ihre eigenen Parteigenossen geben es zu. Hören Sie! Auf den Seiten 140 bis 142 dieser neuesten Ausgabe wird die Angelegenheit der Niederschlagung von Maximilian Harden behandelt. Dort wird festgestellt, daß einer derjenigen, die Maximilian Harden mit eiserner Stange niederschlugen — ein Herr Ankermann —, nach dieser Tat am anderen Morgen in das Berliner Büro der Deutschnationalen Partei gekommen ist und nach dem Herrn Dryander gefragt hat. („Hört! Hört!“ links.) Der Herr Dryander war nicht anwesend, aber anwesend war der Graf York, Ihnen wahrscheinlich nicht unbekannt. Zu diesem Grafen sprach der Oberleutnant Ankermann: Ich habe gestern befehlsgemäß Harden erledigt, muß deshalb verschwinden und komme, mir Reisegeld zu holen. („Hört! Hört!“ links.) Die Antwort des Herrn Grafen York war: Ich kann da nichts machen, glaube aber, daß wir Herrn Dryander im Meistersaal finden werden, kommen Sie mit! — Das sagte Graf York. Ich glaube, wenn man keine Beziehungen hat zu diesen Mördern, dann fällt es keinem dieser Mörder ein, in das Büro der Deutschnationalen Partei zu kommen, um sich dort Reisegeld geben zu lassen, damit er verschwinden kann. Und dann würde auch Graf York nicht zu ihm sagen: Wir wollen zu Herrn Dryander gehen, sondern man würde einen solchen Mann kurzerhand hinauswerfen oder ihn der Polizei übergeben. Aber warum hat man denn Herrn Ankermann nicht der Polizei übergeben? Auch darüber gibt das Buch Auskunft; Graf York erklärte: Weil in der Etage, in der er mit dem Mörder Ankermann sprach, niemand gewesen sei, habe er ihn nicht der Polizei übergeben können. Mit solchen Redensarten sucht man die Öffentlichkeit über den inneren Zusammenhang zwischen der Deutschnationalen Partei und diesen Mördern von Arbeitern und bürgerlichen Leuten zu täuschen.

Ich glaube also das, was hier von der Deutschnationalen Partei gegen den „Terror von links“ vorgebracht werden wird — was Sie auch in Ihren Anfragen im Reichstag bereits einzeln dargelegt haben —, das wird wohl verständlich, weil in der Arbeiterschaft die Kenntnis über dieses schuftige Treiben der Faschistenbanden, dieser Mörderorganisationen, die Kenntnis über den inneren Zusammenhang besteht, der zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und diesen Mordorganisationen vorhanden ist. Daß die Arbeiter in ihrer Empörung darüber mit solchen Kerlen, die in den Versammlungen auftreten, ganz energisch Fraktur reden, um ihre verhetzenden Tiraden unmöglich zu machen, ist wohl verständlich — genauso wie sie es in Oberschlesien mit dem Knüppel-Kunze gemacht haben. Sie haben sich also diese Abwehr — die Sie als Terror bezeichnen — selbst zuzuschreiben. Wir werden den Widerstand der Arbeiterschaft gegenüber diesem deutschnationalen Terror, gegenüber diesen Mörderbanden und den Provokationen selbst organisieren. Wir erwarten nicht, daß die Regierung diesen Kreisen mit energischen Maßnahmen auf den Leib rücken wird, aber wir wissen, daß in der Arbeiterschaft die Kraft vorhanden ist, sowohl mit diesen Faschistenbanden als auch mit Ihnen fertig zu werden.

Es wird natürlich von Ihnen versucht, die Herrschaften, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei zu sehr kompromittiert haben, abzuschieben. Die bekannte Veröffentlichung der Briefe des Herrn Sonntag hat einigen Aufschluß darüber gegeben, wie man versucht, die Öffentlichkeit über die Zugehörigkeit solcher Leute zur Partei irrezuführen. Wenn auch Herr Hennings aus der Fraktion ausgeschlossen wurde und wenn auch die Herren Gräfe-Goldebeck und Wulle etwas aus dem Vordergrund der Partei zurückgetreten sind, so kann niemand darüber getäuscht werden, daß trotzdem der ganze Zusammenhang zwischen diesen Kreisen — insbesondere den tätigen Kreisen, die diese Mörderorganisationen bilden — und Ihnen weiter besteht.

Wenn der Deutschnationale Studentendienst, den Sie doch wahrscheinlich nicht als Ihren politischen Zögling ablehnen wollen, in seinen Publikationen ganz offen zum Ausdruck bringt, daß es die Aufgabe sei, Sprengtrupps für Arbeiterversammlungen zu organisieren, so verstehe ich nicht, daß man sich über die

Gegenwirkungen beschwert, die solche Maßnahmen bei den Arbeitern auslösen müssen. Im Programm des Deutschnationalen Studentendienstes heißt es über die Wahlpropaganda:

Hier sind einbegriffen Sprengtrupps für gegnerische Versammlungen, Schutztrupps für eigene, Beschaffung von Flugblättern und Plakaten für die Wahlen, die Organisation von Fünfminutenrednern.

— Die Herrschaften sind so vermessen, den Mangel der Organisation von Fünfminutenrednern als die Ursache für den Zusammenbruch des Kapp-Putsches hinzustellen. —

Ferner wird in diesem Programm verlangt:

Einrichtung eines besonderen Spitzeldienstes für politische Aufklärung und Ermittlungsverfahren. Hier arbeiten wir Hand in Hand mit der Politischen Kriminalpolizei durch Vermittlung des Grafen Reventlow. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Leider verschlingt diese Spitzelorganisation durch Reisen und Bestechungsgelder erhebliche Summen.

Deshalb fordern sie zur finanziellen Unterstützung ihrer Organisation auf. Weiter heißt es:

Unterstützung der Zeitfreiwilligenformationen und Selbstschutzorganisationen in jeder Hinsicht, Fühlungnahme mit den Führern der nationalen Bewegung außerdeutscher Länder, zum Beispiel in Deutsch-Österreich, Ungarn, Türkei.

Zu diesen Angehörigen des Deutschnationalen Studentendienstes gehörte auch jener berühmte Ludendorff-Sekretär und Rathenaumörder Günther, von dem Sie genügend wissen, so daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche. Sie sehen daraus, welche engen Beziehungen nicht nur zwischen der Deutschnationalen Volkspartei, der Volkspartei und den Großindustriellen, sondern auch zwischen ihnen und diesen Mörderorganisationen bestehen. Sie suchen diese Bewegung in jeder Weise zu fördern, sei es durch Zurverfügungstellung von Material, sei es dadurch, daß ihre prominenten Persönlichkeiten und Parlamentarier sich diesen Organisationen als Deckmantel anbieten oder jedenfalls von ihnen in Anspruch genommen werden. So hatte der „Bund für Freiheit und Ordnung“ seinen Deckmantel dadurch, daß einige

Parlamentarier verschiedener bürgerlicher Parteien an der Spitze standen. Diese Tatsache war für den Polizeipräsidenten Richter so beruhigend, daß er es sich nicht im Traume hat einfallen lassen, daß diese Organisation ernstlich darauf eingestellt sei, mit Waffengewalt gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Die Vorgänge am Zirkus Busch beweisen, wie wenig die Behörde und auch die Regierung ihre Schuldigkeit gegenüber solchen konterrevolutionären, auf den Zusammenstoß mit Arbeitern eingestellten Organisationen getan haben. Aus den Kreisen der Schupo-beamten selber sind Bekundungen gekommen, die erkennen lassen, wie man es bei dem Zusammenstoß am Zirkus Busch ganz planmäßig darauf angelegt hat, Provokationen der Arbeiter durch den „Selbstschutz“ herbeizuführen, um dann durch die Schupo die Arbeiterschaft niederzuschlagen. In dem „Freien Beamten“, dem Mitteilungsblatt der Beamtenzentrale der VSPD, wird am 1. November dieses Jahres ein Artikel des ersten Vorsitzenden dieses Beamtenausschusses, eines Herrn Knapp, veröffentlicht, in dem dieser darauf hinweist, daß große Unruhe bei den unteren Schupobeamten vorhanden gewesen sei, als sie gespürt haben, daß bei der Sicherung des Zirkusgebäudes im Anfang so gut wie keine Offiziere hinzugezogen worden sind. Sie haben das Gefühl gehabt, daß man absichtlich die unteren Schupobeamten in einen Zusammenstoß mit den Arbeitern hineintreiben wollte, um dann, unterstützt durch den „Selbstschutz“, die Arbeiterschaft, die dort zusammengekommen war, zu erledigen. Dort wird zum Ausdruck gebracht, daß ein unterer Schupobeamter gehört hat, wie von dem „Selbstschutz“ des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ die Parole ausgegeben worden ist „Stoßtrupp antreten“. Der Stoßtrupp, der sich im Vorderraum des Zirkus aufgehalten hat, sei dann herausgekommen und habe vor dem Zirkus auf die Arbeiterschaft eingeschlagen. Es hat sich also nicht so abgespielt, wie es dargestellt wird, als seien die Arbeiter im Zirkus als Sprengkolonne aufgetreten, sondern umgekehrt: Dieser „Selbstschutz“ ist herausgekommen und hat auf die Arbeiter eingeschlagen. In dem Artikel heißt es weiter:

Nach Beendigung der Versammlung marschierte die Versammlungs-Schutzkompanie des „Bundes für Freiheit und Ord-

nung" inmitten der übrigen Versammlungsteilnehmer im Gleichschritt mit Seitenrichtung und Vordermann, umgeben von Führern, die mit lauten Kommandos den festen Tritt aufrechterhielten. Es handelt sich um blutjunge Burschen in meist schäbiger Kleidung. An dem Vorhandensein einer erheblichen Anzahl von Provokateuren braucht man nicht zu zweifeln; denn die festgenommenen Kommunisten bezeugten, daß sie diese Schreier nicht kannten.

Ein Beweis dafür, daß sie der Kommunistischen Partei angehörten, konnte ebenfalls nicht erbracht werden.

Es heißt dann in dem Artikel weiter:

Das Erscheinen von etwa 200 Mann der Versammlungs-Schutzkompanie gegen 8 Uhr 30 vormittags mit fast vollkommener Bewaffnung ist doch sehr verdächtig. Man wird den Eindruck nicht los, als liege in dem ganzen Vorgehen System. Noch bedenklicher ist, daß der sogenannte Offizier vom Abteilungsdienst durch einen Oberwachtmeister vertreten wird.

Weiter wird noch zum Ausdruck gebracht: Die Umbildung der Polizei in Preußen konnte man an dem besonderen Übereifer der Polizisten erkennen, zum Beispiel daran, daß vor Beginn des Rathausumultes — der lange Zeit vor dem Zirkus-Busch-Überfall stattgefunden hat — eine Hundertschaft der Schutzpolizei, die als besonders scharf auf die Arbeiter dressiert bekannt war, den Rathausvorplatz abspernte und wild mit dem Säbel auf die Demonstranten einschlug. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) In dem Artikel wird sehr deutlich der Nachweis geführt, wie von den leitenden Personen der Schutzpolizei alles darauf angelegt wurde, auch hier in Berlin die Arbeiterschaft zu provozieren.

Alle die Versicherungen, die seinerzeit bei der Interpellation über die Zirkus-Busch-Vorfälle hier im Landtage von Herrn Severing abgegeben worden sind, können absolut nicht darüber hinwegtäuschen, daß sowohl in den leitenden Körperschaften der Berliner Polizeibehörden als auch in den Ministerien Leute sitzen, die sowohl mit den rechtsgerichteten politischen Parteien in vollster Übereinstimmung als auch mit diesen Mörderorganisationen in engster Verbindung stehen. Ich habe hier eine lange

Liste derjenigen reaktionären Schupooffiziere, von denen feststeht, daß sie nicht nur aus den Freikorps hervorgegangen sind, sondern heute noch in engster Verbindung mit den an ihre Stelle getretenen reaktionären Organisationen stehen. Es würde ermüdend sein, wenn ich diese ganze lange Liste vorlesen wollte. Wir sind gern bereit, sie dem Herrn Minister des Innern zur Verfügung zu stellen.

Nun ein paar Worte zu dem Nachweis, wo die Geldgeber dieser Mörderorganisationen sitzen. Es sind schon wiederholt durch die Zeitungen Mitteilungen gegangen, daß es sowohl in Sachsen als auch im Rheinland in erster Linie die großindustriellen Kreise sind, die namhafte Summen diesen Mörderorganisationen zur Verfügung gestellt haben. Es ist auch der Nachweis darüber geführt worden, daß ganz planmäßig diese Organisationen nicht nur als Streikbrecherorganisationen, sondern vor allen Dingen dazu dienen sollen, Zwietracht in die Arbeiterschaft zu bringen. Sie sollen die Kampfkraft der Arbeiterschaft lähmen und vor allen Dingen bei Zusammenstößen als Schutztruppe der Großindustriellen wirken. Aber es ist auch in der letzten Zeit von diesen Organisationen selbst zur Genüge zum Ausdruck gebracht worden, daß ihre Geldgeber in diesen Kreisen zu suchen sind. Die Rundschreiben, die Bettelbriefe, die sie an diese Leute gerichtet haben, gehen immer von der Tatsache aus, daß sie sich als besondere Schutztruppen diesen kapitalistischen Kreisen anbieten. Herr Hitler hat neulich erst in einer Versammlung im Bürgerbräu in München mitgeteilt, daß der deutschnationale Krupp-Direktor Hugenberg Herrn Hitler 12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat („Hört! Hört!“), wovon Herr Hitler sich auch ein neues Auto gekauft hat. Also der deutschnationale Krupp-Direktor Hugenberg gibt dieser Mörderorganisation 12 Millionen Mark, damit sie ihre Hetzpropaganda in Bayern betreiben kann. Es ist doch ganz erklärlich, daß diese Organisationen nicht geneigt sind, so wie die Arbeiterorganisationen durch Beiträge die Mittel aufzubringen, die sie zur Betreibung ihrer Agitation benötigen. Es ist ihnen ihre sehr pompös aufgemachte Agitationsweise — wie sie von diesen Leuten in Bayern und in anderen Teilen des Reiches betrieben wird, die Flugblätter, das Mieten der teuersten Lokale — eben nur möglich, weil diesen Herrschaf-

ten namhafte Beträge von den zahlungsfähigen Kreisen zur Verfügung gestellt werden. Es wurde auch in einer Versammlung in München mitgeteilt, daß der General Epp eine Geldspende von 60 000 Mark für den „notleidenden“ „Völkischen Beobachter“, das Organ der Nationalsozialistischen Partei, gegeben hat, und es wurde auch bei diesen Mitteilungen dargelegt, welche enge Beziehungen zwischen den bayrischen Industriellen und diesen Organisationen bestehen.

Die „Münchner Post“ veröffentlicht eine große Liste der Personen und Firmen, die die Geldgeber für diese Organisation sind, darunter der Verein der Münchner Brauereien mit 200 000, die Firma Maffei mit 100 000, der Bayrische Industriellenverband mit 100 000, Kommerzienrat Roeckl mit 200 000, die Allianzrückversicherungsgesellschaft mit 30 000, Firma Gebrüder Röchling mit 200 000, der Bayrische Arbeitgeberverband für das Baugewerbe mit 30 000, die Firma Zuban mit 30 000, die Hypotheken- und Wechselbank mit 53 000 Mark. Das Hetzblatt der Antisemiten, der „Völkische Beobachter“, hat ebenfalls Summen erhalten von einem gewissen Bechstein-Berlin in Höhe von 230 000, von Herrn Pittinger 100 000, von den leitenden Beamten der Mannesmann-Röhrenwerke 70 000 Mark. Von der Firma Siemens & Halske und dem Abgeordneten Dr. Glaser der bayrischen Mittelpartei erhielt er ebenfalls enorme Summen.

Das sind alles Zahlungen, die in der letzten Zeit an diese Organisation geleistet wurden, nachdem der reaktionäre Charakter dieser Organisation so offenkundig geworden ist, daß diese Körperschaften wirklich nicht sagen können, sie seien über die Gemeingefährlichkeit dieser Organisation nicht unterrichtet. Sie unterstützen sie gerade deswegen, weil sie als Kampforganisation gegen die Arbeiter wirken soll. Aber die Führer dieser Organisation sind nicht allein zufrieden mit diesen Hunderttausenden von Mark, die in Deutschland gespendet werden. Es ist begreiflich bei der Entwertung der Mark, daß man damit nicht allzuviel schaffen kann. Sie haben sich deswegen um die Beschaffung von Dollars nach Amerika gewandt, sie haben Offiziere angekündigt, die nach Amerika kommen werden, um Dollars zu sammeln. Bei diesem Ankündigungsschreiben haben sie aber Pech gehabt. Sie haben sich auch an die „New Yorker Volkszei-

tung" gewandt, die das Schreiben sofort veröffentlicht hat. In diesem Bettelbrief an die amerikanischen Zeitungen und Finanziers wird offen zum Ausdruck gebracht, daß man diese Gelder in Deutschland benötige, um hier dem königstreuen Gedanken wieder zu seinem Rechte zu verhelfen, und daß höhere deutsche Offiziere, die durch die Revolution ihre Existenz verloren haben, durch die gesammelten Gelder unterstützt werden sollen. Es handelt sich also um Bettelgelder, um diejenigen — siehe das Programm der Großdeutschen Arbeiterpartei — mit Dollars zu unterstützen, die nicht von eigener Arbeit leben. Man hat auch in Ungarn eine Großbank der Ehrhardt-Leute gebildet, indem man versucht, durch Anleihen und Darlehen die Existenzmittel für diejenigen aufzubringen, die nicht von der Arbeit, sondern vom Banditentum leben wollen. In einem Schreiben an zahlungsfähige Personen, das gezeichnet ist: Eberhard von Puttkamer, königlich preußischer Hauptmann a. D., München, heißt es:

Der Name des Herrn Kapitäns Ehrhardt dürfte Ihnen nicht unbekannt sein. Ja, auch Sie müssen ihn als einen der wenigen streng konsequenten Männer schätzen, die nicht umgefallen sind, und die auch, wenn es einmal heißt, das Vaterland vor dem Kommunismus zu retten, wieder ihren Mann stellen. Daß wir jeden Judeneinfluß fernhalten und somit auch jegliche Beteiligung von jüdischem Kapital zurückweisen, liegt auf der Hand.

Diese bescheidenen Herrschaften lehnen das aber absolut nicht ab, sie haben nicht einmal die Kontrolle, ob die Gelder, die sie durch die Organisation bekommen, nicht auch von Juden zusammengebracht sind. Diesen Vorbehalt macht man auch nur, um bei denjenigen, die auf diesen Trick hereinfliegen, um so mehr Gelder zu erhalten. Es heißt in diesem Schreiben noch:

Die Möglichkeit, daß der Kommunismus unser Land überflutet, besteht, und dann ist es doch gewiß von höchstem Werte, möglichst eine Summe im Ausland liegen zu haben, die vor Not und Elend schützt.

Also bei dieser Bank soll das Geld für diejenigen reserviert werden, die einmal aus Deutschland flüchten müssen, wenn die Arbeiterschaft, müde dieser fortgesetzten Provokation, diese

Kerle aus dem Lande vertreibt. — Und wie bedauernswert schildert man in diesem Schreiben die Lage derjenigen, die genötigt waren, aus diesem Grunde aus Rußland zu flüchten. Es heißt in dem Schreiben:

Wie glücklich waren diejenigen der russischen Gesinnungs- und Leidensgenossen, die in einem fremden Lande Werte besaßen, die sie flüssig machen und so sich und ihre Angehörigen vor dem völligen Ruin bewahren konnten. Wenn dieses Land nun sogar Ungarn heißt, wo jeder kommunistische Versuch wohl auf alle Zeiten unmöglich ist, so braucht es eigentlich keinen Moment der Überlegung, seine Gelder dort anzulegen.

Also die Gelder sollen aus dem Reiche ausgeführt werden. Das ist aber verboten, und Sie (Nach rechts.) wollen doch auch das Gesetz respektieren. Aber hier wird offen dazu aufgefordert, das Kapital nach dem Auslande zu überführen, um es dort sicherzustellen, falls es im eigenen Lande nicht mehr völlig sicher ist. Dann heißt es weiter:

Für unser Konsortium reisen 6 Offiziere, die unsere Freunde selbst in den entlegensten Gegenden besuchen werden. Denn wir pflegen ohne vorherige mündliche Rücksprache keine Zeichnungen entgegenzunehmen.

In Anbetracht der Gefahren, die der deutschen Arbeiterschaft von diesen konterrevolutionären Kreisen drohen, haben wir wiederholt an die VSPD und auch an die Führer des ADGB appelliert, alles zurückzustellen, was sie gegenüber der Kampftaktik der Kommunisten an Vorbehalten zu machen haben, und mit uns gemeinsam eine Einheitsfront des Proletariats herbeizuführen. Das heißt nicht, daß sich die Führer verständigen, sondern daß die Arbeiterschaft in allen diesen Kämpfen gemeinsam auftritt und daß alles unterlassen wird, was von den Führern der Gewerkschaften und der SPD als Widerstand gegen diese Einheitsfront aufgerichtet wird. Wenn in diesen Tagen in Berlin der Reichsbetriebsrätekongreß tagt, um Stellung zu nehmen zu der ungeheueren Teuerung und zu den Versuchen des Unternehmertums, die Arbeiter immer mehr auszubeuten, und wenn demgegenüber die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemo-

kratischen Partei nicht nur ablehnen, sich an diesem Kongreß zu beteiligen, sondern es überhaupt ablehnen, eine gemeinsame Kampffront der Arbeiter herbeizuführen, so sagen wir diesen Führern der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, daß sie damit nichts anderes tun, als den konterrevolutionären Organisationen Hilfsdienst zu leisten, die in Bayern, im übrigen Reiche und im Auslande drauf und dran sind, die Arbeiterschaft zu überfallen und durch opferreiche Kämpfe zu schwächen. Es ist eine selbstmörderische Taktik, wenn man fortgesetzt gegen die Kommunisten, gegen die Revolution hetzt und glaubt, daß, wenn die Not da ist, die einheitliche Kraft des Proletariats schon stark genug sein wird, alles abzuwehren — etwa so, wie es beim Kapp-Putsch oder bei der Ermordung Rathenaus<sup>[14]</sup> der Fall war.

Wir appellieren gerade in dieser Zeit erneut an die Führer der SPD und der Gewerkschaften, das zurückzustellen, was sie bisher gehindert hat, diese Einheitsfront des Proletariats herbeizuführen und im Gegenteil mit den Kommunisten gemeinsam alle Kräfte im Proletariat auszulösen, durch die es möglich ist, eine energische und siegreiche Front gegenüber den konterrevolutionären Banden in Deutschland herbeizuführen.

Wir sind überzeugt, daß diese Kämpfe zwischen der Konterrevolution und der Arbeiterschaft unvermeidlich sind. Wir wissen, daß die Bourgeoisie alle ihre Kräfte darauf einstellt, weil sie weiß, daß, je länger sie zaudert, die Kräfte der Arbeiter immer stärker werden und ihr das gleiche Schicksal beschieden ist wie der Bourgeoisie in Rußland. Alle Hetze gegen den Bolschewismus, gegen die Kommunisten vermag die Arbeiter nicht abzuhalten, sich der Front anzuschließen, die allein eine Aussicht auf einen erfolgreichen Kampf bietet. Das Vertrauen der Arbeiter zu den Kommunisten wächst von Tag zu Tag. Die Arbeiter erkennen immer mehr, daß die Koalitionspolitik, die bisher getrieben worden ist, nur dazu gedient hat, die Konterrevolution und die Unternehmer zu stärken und die Kräfte der Arbeiter zu schwächen. Die Arbeiter begreifen, daß die gegenwärtige Koalitionsregierung — ob sie in Preußen aus der Volkspartei und den Sozialdemokraten besteht, oder ob sie aus einem Geschäftsministerium im Reiche besteht — nicht in der Lage ist, auch nur

die Republik zu schützen, geschweige denn die Absicht hat, die Arbeiterschaft vor diesen Anschlägen des Unternehmertums und der Konterrevolution zu bewahren. Die Arbeiter begreifen, daß deshalb die einzige Möglichkeit, sich vor diesen Anschlägen zu bewahren, darin besteht, daß die Arbeiterschaft in geschlossener Front drängt, diese Koalitionsregierungen zu beseitigen und eine Arbeiterregierung an ihre Stelle zu setzen. Diese Arbeiterregierung, die sich auf das Proletariat und seine Organisationen stützt, muß sich zur Durchführung ihrer Maßnahmen im Proletariat die bewaffnete Schutzgarde, durch Bewaffnung des organisierten Proletariats die Kraft schaffen, um auch gegenüber der Ernährungsabotage, gegenüber den konterrevolutionären Maßnahmen der Bourgeoisie so energisch vorgehen zu können, daß ihre Maßnahmen, ihre Beschlüsse im Reiche wie in den Bundesstaaten auch in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Diese Einheitsfront des Proletariats herbeizuführen, das ist die Aufgabe, die die Arbeiterschaft zu erfüllen hat, wenn sie sich gegen den immer frecher auftretenden Faschismus in Deutschland schützen will.

Wir haben als Kommunisten immer wieder den Arbeitern diese Notwendigkeit vor Augen geführt. Und wenn wir von dieser Tribüne aus über die Faschistengefahr sprechen, so sagen wir es offen, nur zu dem Zweck, um den Arbeitern draußen zu sagen: Verlaßt euch nicht auf die Regierung, verlaßt euch nicht auf diejenigen Parteiführer, die im Bunde mit der Regierung die Koalitionspolitik betreiben. Sorgt dafür, daß an deren Stelle eine energische proletarische Klassenpolitik getrieben wird, die nur ihre Stütze finden wird, wenn es der Arbeiterschaft gelingt, sich entsprechend ihrem Einfluß und entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für den Produktionsprozeß die Regierung zu schaffen, die sich von den Interessen des Proletariats leiten läßt! Die gegenwärtigen Regierungen tun das nicht! Im Gegenteil, sie sind — wenn auch Sozialdemokraten darin sitzen — nur Bourgeoisregierungen, die es darauf anlegen, die Interessen des Unternehmerprofits und des Junkertums zu wahren. Wir sehen, daß trotz des Gesetzes zum Schutze der Republik, trotz aller sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nicht mit Energie vorgegangen wird gegen die konterrevolutionären Kreise, die sowohl die Er-

nährung des Volkes sabotieren als auch die Teuerung hervor-  
rufen, die das Volk bewuchern und Tag für Tag drauf und dran  
sind, Deutschland in ein großes Kriegslager zu verwandeln, die  
trotz alles Geschreis über den Bürgerkrieg, den die russischen  
Kommunisten gegen die Konterrevolution führen mußten, drauf  
und dran sind, auch in Deutschland einen Bürgerkrieg herbei-  
zuführen. Deshalb ist es Aufgabe der Arbeiterschaft, alle Kräfte  
zusammenzufassen, um die Kraft in sich aufzurichten, durch die  
sie siegreich mit allen diesen Feinden und mit dem Faschismus  
in Deutschland fertig werden wird.

*„Sitzungsberichte des Preußischen Land-  
tags, 1. Wahlperiode, 1. Tagung“, 10. Bd.*

# Freilassung der revolutionären politischen Gefangenen!

Zur Geschäftsordnung

Preußischer Landtag

10. Februar 1925

Wir haben einen Antrag<sup>1</sup> eingebracht, der unter Nr. 219 als Umdruck im Hause verteilt wird. Der Antrag weist darauf hin, daß im Rechtsausschuß des Reichstages von dem Vertreter der preußischen Regierung eingewandt worden ist, daß der Reichstag eine Reichsamnestie nicht erlassen kann, weil dem das Hoheitsrecht der Gliedstaaten entgegenstehe. Es besteht die Gefahr, daß daraufhin der Reichstag sich abhalten läßt, eine Reichsamnestie zu erlassen. Wir beantragen, daß der Landtag ausspricht, daß er das verfassungsmäßige Recht der Gliedstaaten nicht so ansieht, wie der Vertreter des Justizministeriums es getan hat, daß also der Landtag dem Reich das Recht zuspricht, eine Reichsamnestie zu erlassen, und daß der Landtag erwartet, daß der Reichstag von diesem Recht Gebrauch macht. Das ist um so notwendiger, als fast wöchentlich neue Opfer der Klassenjustiz anheimfallen und 7000 Gefangene und mehr wegen politischer Straftaten in den deutschen Gefängnissen sitzen und ungeheures Elend unter ihnen und ihren Angehörigen ist. Wenn wir sehen, wie Woche für Woche die Kerker noch mehr gefüllt werden, wie die Gefangenen zu Dutzenden in den Zellen hausen, weil man keinen Platz hat für die von der Rachejustiz Verurteilten und Verfolgten, so ist um so mehr die Notwendigkeit einer solchen Amnestie geboten. Ich verweise als Beispiel für die Rachejustiz auf die unerhörten Strafanträge, die ein bayrischer Staatsanwalt jetzt in dem Prozeß gegen die Hamburger Oktoberkämpfer gestellt hat (Pfeifer bei den Kommunisten.), nach denen revolutionäre Arbeiter und Führer der Kommunistischen Partei, die sich mannhaft zu ihren Taten bekannten, zu fünfzehnjähriger Festungshaft verurteilt werden sollen. (Erneute Pfeifer bei den

<sup>1</sup> Antrag einer Fraktion zu einer Angelegenheit, die nicht schon zur Verhandlung vorgesehen ist. *Die Red.*

Kommunisten.) Es steht gerichtsnotorisch fest, daß die Grundlage der Anklage zusammengebrochen ist, die aufgebaut war auf den Aussagen gekaufter Subjekte, irrsinniger Kerle . . .

(Glocke des Präsidenten.)

*Präsident Bartels*, den Redner unterbrechend: „Ihre Redezeit ist bald abgelaufen.“

die Aussagen gemacht haben, auf die hin man versuchte, die Angeklagten ins Zuchthaus zu bringen. Man mußte ihnen aber die ehrenhafte Gesinnung zusprechen und kann sie demnach nicht zu Zuchthaus verurteilen. Aber selbst die beantragte unerhört lange Strafhaft ist ein Zeichen dafür, wie dringend notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft der Rachejustiz in den Arm fällt und die ganze Bande hinwegfegt, die Recht und Gesetz vergewaltigt, nur um revolutionäre Arbeiter aus Klassenhaß in die Zuchthäuser und Gefängnisse zu bringen. Ich verweise darauf, daß allein in den letzten Wochen von verschiedenen Gerichten in Preußen und im übrigen Deutschland eine große Anzahl Arbeiter wegen der Verteidigung ihrer Rechte zu vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt worden sind. Deshalb ist es notwendig, daß schnellstens eine Amnestie kommt. Noch notwendiger aber ist, daß die Arbeiterschaft es dieser Bande von Blutrichtern unmöglich macht, diese Urteile noch zu fällen.<sup>1</sup>

„*Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung*“, 1. Bd.

---

<sup>1</sup>Der Antrag wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt. *Die Red.*

## Wir fordern sofortige Hilfe für die Opfer der Explosionskatastrophe in Dortmund!

*Zur Geschäftsordnung  
Preußischer Landtag  
18. Februar 1925*

Nach den warmen Worten, die der Präsident des Hauses den Explosionsopfern<sup>1</sup> gewidmet hat, scheint es notwendig zu sein, daß man sich nicht, wie er vorschlägt, erst am 3. März darüber schlüssig wird, was man zur Unterstützung dieser Opfer tun will. Denn von den warmen Worten können sich die Kumpel nichts kaufen, auch nicht die Hinterbliebenen. Zu ihrer Beruhigung wird viel mehr beitragen, wenn heute schon der Landtag zu der Frage der Unterstützung der Explosionsopfer Stellung nimmt. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Wir Kommunisten haben den Antrag eingebracht, daß der Landtag beschließen soll, sofort 5 Millionen Mark für die Unterstützung der bei der Explosion verunglückten Arbeiter sowie der Frauen und Kinder der getöteten Arbeiter auszusetzen, daß außerdem über die Verwendung und Festsetzung der Unterstützungen nicht, wie es der bisherige Handelsminister Siering vorgeschlagen hat, die Zechenverwaltungen bestimmen sollen, sondern der Betriebsrat der beteiligten Zechen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Wir haben ferner beantragt, daß die Zechenverwaltungen durch Gesetz verpflichtet werden sollen, die Kinder der getöteten Bergarbeiter bis zu ihrer völligen Berufsausbildung zu versorgen und für die Berufsausbildung die Kosten zu tragen. Weiter haben wir beantragt, daß den Opfern der Explosion auf der Dillinger Hütte, die im Januar stattfand, ebenfalls 80 000 Mark aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir sind der Meinung, daß so die beste Gelegenheit gegeben ist, dem warmen Worte die hilfreiche Tat folgen zu lassen.

Wir beantragen deshalb, daß diese drei Anträge auf Drucksache Nr. 205, 235 und 236 sofort als erster Punkt der Tagesordnung

<sup>1</sup> Der Schlagwetterkatastrophe vom 11. Februar 1925 auf der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund fielen 136 Bergleute zum Opfer. *Die Red.*

behandelt werden. Für die Dringlichkeit spricht außer der Not der unmittelbar Beteiligten noch die Erfahrungstatsache, daß mit der Entfernung vom Tage des Unglücks das Interesse für die Opfer abflaut, daß man hinterher gern vergißt, was man in warmen Worten den Opfern versprochen hat.<sup>1</sup>

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 1. Bd.

---

<sup>1</sup> Erst ab 5. März 1925 ging der Landtag zur Besprechung des Grubenunglücks über, und erst am 11. März wurde der kommunistische Antrag dem Ausschuß für Handel und Versorgung überwiesen. Auf allen dazwischenliegenden Sitzungen erhob Wilhelm Pieck gegen die Verzögerung der Behandlung des Antrages Widerspruch. Die kommunistischen Abgeordneten wurden der Pietätlosigkeit bezichtigt, da sie selbst am Tage der Trauerfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, am 3. März 1925, versuchten, die Debatte über das Grubenunglück auf die Tagesordnung zu setzen. Wilhelm Pieck antwortete, daß die vielen Toten des Grubenunglücks einer gleichen Würdigung bedürften wie der Tod des Reichspräsidenten, daß jeder Tag Verzögerung in der Anordnung und Durchführung der Schutzmaßnahmen neue Grubenunglücke, neue Opfer an Menschenleben bedeutet, die dem Kapitalismus in den Rachen geworfen werden. *Die Red.*

## Die KPD kämpft für die Schaffung einer Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land

*Aus der Rede im Preußischen Landtag<sup>1</sup>  
19. Februar 1925*

Der nicht anwesende Herr Ministerpräsident<sup>2</sup> scheint sich von seiner gestrigen Vorlesung noch nicht erholt zu haben. Vielleicht ist er auch krank geworden infolge der vielen Kampfansagen, die gestern gegen ihn hier angekündigt worden sind. Wir wollen zu diesen Kampfansagen noch eine weitere hinzufügen und hoffen, ihm damit den letzten Stoß zu versetzen (Heiterkeit.), damit er bald verschwindet. Die Stellung der Kommunisten zu der endlich nach zehn Wochen gebildeten Regierung ist die gleiche, wie wir sie zu der verflorenen Regierung Braun-Severing-Siering eingenommen haben. Wir sagen auch dieser neuen Regierung schärfsten Kampf an und sprechen ihr unser stärkstes Mißtrauen aus. Wir haben das in die Form gebracht, die in diesem Hause nur möglich ist, indem wir einen Antrag eingebracht haben, der besagt, daß dies Ministerium nicht von dem Vertrauen des Land-

<sup>1</sup> Die Minister der Deutschen Volkspartei, Dr. Richter und Dr. Boelitz, erklärten am 7. Januar 1925 plötzlich ihren Rücktritt. Dadurch war die seit dem 10. November 1921 amtierende Regierung der Großen Koalition gesprengt. Jetzt glaubte man auf die weitere Mitwirkung der Sozialdemokraten bereits verzichten zu können. Nach einer mit Stimmengleichheit erfolgten Abstimmung eines kommunistischen Mißtrauensantrages mußte Braun schließlich einsehen, daß er sich auf keine Mehrheit stützen konnte, und trat zurück. Am 30. Januar wurde er wiedergewählt, lehnte jedoch ab, nachdem er sich vergeblich bemüht hatte, die Deutsche Volkspartei zur Mitarbeit zu gewinnen, die auf Einbeziehung der Deutschnationalen Volkspartei bestand. Darauf fiel eine geringfügige Mehrheit auf den Zentrumsman Marx, der bereits zweimal mit Unterstützung der Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen kurzlebige Regierungen gebildet hatte. Marx stellte dem Landtage ein Kabinett vor, dem, neben Zentrumsleuten und Demokraten, Severing als einziger Sozialdemokrat angehörte. *Die Red.*

<sup>2</sup> Wilhelm Marx. *Die Red.*

tages getragen seine Geschäfte führt. An unserer Stellungnahme kann auch die lange Speisekarte nichts ändern, die Herr Marx als eine Regierungserklärung vorgetragen hat. Man sieht dieser Erklärung ordentlich an, wie aus allen Winkeln alles zusammengekratzt worden ist, was man an Versprechungen machen kann. Ich verweise auf den Vorgang, der sich seinerzeit abspielte, als sich die Große Koalition<sup>1</sup> dem Hause vorstellte; sie hat dem Landtage ebenfalls eine solche Latte von Versprechungen gebracht — und nichts, rein gar nichts ist von diesen Versprechungen erfüllt worden.

Wir Kommunisten fordern deshalb die Auflösung des Landtages, weil seit der letzten Wahl am 7. Dezember vergangenen Jahres so ungemein wichtige Tatsachen bekannt geworden sind, daß die Wählermassen aus der werktätigen Bevölkerung jetzt sicher eine andere Wahl treffen werden als am 7. Dezember. Zu diesen wichtigen Tatsachen gehört der Skandal der Ruhrgelderschiebung<sup>[15]</sup>, für die sogar der „Vorwärts“ Herrn Marx verantwortlich macht, natürlich mit dem Bemühen, die Sozialdemokratie von dieser Verantwortung zu entlasten. Tatsache ist aber, daß die beiden sozialdemokratischen Minister Sollmann und Schmidt bei der Entscheidung über die Schenkung der 700 Millionen Goldmark dabeigesessen haben. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Und dagegen gewirkt haben!“) Sie reden sich damit heraus, sie hätten sich der Stimme enthalten. Aber der Hehler ist so gut wie der Stehler, und in diesem Falle trifft auch die Sozialdemokratie die volle Verantwortung. Sie hätte zum mindesten die Verpflichtung gehabt, die proletarischen Massen gegen diese Ruhrgelderschiebung zu mobilisieren. Sie hat geschwiegen und ist damit voll verantwortlich für den ungeheuren Volksbetrug, der mit dieser Schiebung gemacht worden ist.

Als weitere wichtige Tatsache kommt hinzu der Barmat-Kutischer-Skandal<sup>[16]</sup> und die sonstigen bürgerlichen Korruptionserrscheinungen, wie wir sie bei der Landespfandbriefanstalt, der Post usw. sehen.

Ferner kommt als dritte wichtige Tatsache hinzu der Magde-

---

<sup>1</sup> Gemeint ist die Regierungskoalition von der SPD bis zur Deutschen Volkspartei. *Die Red.*

burger Ebert-Prozeß<sup>[17]</sup> und der Münchner Auer-Prozeß<sup>[18]</sup> mit der skandalösen Selbstentlarvung sozialdemokratischer Führer, und als vierte wichtige Tatsache das Verhalten der Deutschnationalen im Reichstage, der schnöde Wortbruch, den sie gegenüber den Versprechungen begangen haben, mit denen sie die Wahl-agitation betrieben haben. (Abgeordneter Fries [Siegen]: „Schauen Sie mal nach Leipzig!“) — Ruhig, Sie bekommen die Antwort darauf, es ist alles vorgesehen. (Heiterkeit.)

Wir sind der festen Überzeugung, daß alle diese Tatsachen ein vorzügliches Aufklärungsmaterial bilden, durch das sicher eine völlig andere Zusammensetzung auch dieses Hauses herbeigeführt werden wird. Das jetzige Marx-Kabinetts ist doch nur der preußische Ableger der Luther-Regierung im Reiche (Zustimmung bei den Kommunisten.), und die Entrüstung der Rechtsparteien ist eigentlich nicht zu verstehen. Wenn auch keiner Ihrer Vertreter in der Regierung sitzt, so wird die Marx-Regierung doch durchaus die Politik der Rechtsparteien treiben, das ist die Politik der Bourgeoisie, die Politik der Niederschlagung der Arbeiter, die Politik der Reaktion auf allen Gebieten. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Infolge des klerikalen Übergewichts wird sich diese politische Reaktion in erster Linie auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik austoben.

Aber auch im ganzen übrigen Gebiet wird die reaktionäre Politik fortgeführt werden, wie sie bisher von der Braun-Severing-Regierung getrieben worden ist zur Knechtung der werktätigen Massen. Dafür spricht schon die Beibehaltung Severings als Fachminister zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter. Mit seinem Sonderwagen, dem Panzerwagen, der in den Straßen gegen die aus Hunger demonstrierenden Arbeiter angewendet werden soll, scheint er den Befähigungsnachweis als Fachminister zu erbringen. Besser als durch die von ihr übernommene Aufgabe — diesem Marx-Kabinetts Herrn Severing als Fachminister zur Verfügung zu stellen — kann die Aufgabe der SPD nicht charakterisiert werden. Gewiß ist dabei maßgebend gewesen, dadurch für eine Anzahl ihrer Führer die Posten als Landräte und Polizeipräsidenten zu erhalten. Dafür leisten sie diese Bütteldienste, wie sie Herr Severing in der Marx-Regierung leisten soll.

Die von der Regierung abgegebene Erklärung war recht lang und soll gewiß durch die Fülle der Versprechungen über die Tatsache hinwegtäuschen, daß dieses Marx-Kabinett unfähig ist, auch nur eine dieser Versprechungen zu erfüllen — jedenfalls keine, die an die Adresse der werktätigen Massen gerichtet ist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Als Klassenregierung der Bourgeoisie wird es diese ihr nicht erlauben, auch nur in irgendeiner Weise den Werktätigen entgegenzukommen — selbst wenn das Unmögliche möglich wäre, daß der Wille bei diesem Kabinett dazu vorhanden wäre.

Der Ministerpräsident begann wie alle bürgerlichen Parteien mit warmen Worten des Beileids für die Explosionsopfer auf der Zeche „Minister Stein“ und der Anerkennung für die Retter, die bei der Bergung der Opfer geholfen haben. Aber die von uns beantragte finanzielle Hilfe wurde hinausgeschoben und wird, so wie wir diesen Landtag und den früheren kennen, sicher abgelehnt werden. Denn der Antrag, den wir seinerzeit zur Hilfe für die Explosionsopfer in Oppau stellten, ist ebenfalls abgelehnt worden. Deshalb sind die ganzen Versprechungen, die warmen Beileidsworte nichts anderes als Seifenschaum, um die werktätigen Massen darüber hinwegzutäuschen, daß sie von dieser Regierung nicht das geringste zu erwarten haben. Das charakterisiert auch die ganzen Reden, die von den bürgerlichen Parteien hier bis jetzt gehalten worden sind. Es war ebenfalls nichts anderes als Schaumschlägerei, um die großen Wählermassen, die Werktätigen, zu täuschen. Der eigentliche Parteikampf soll ja erst in zweiter Garnitur angetreten werden; zunächst hat man sich damit begnügt, knappe Erklärungen abzugeben.

Marx, der Ministerpräsident, ist der Mann, unter dessen Kanzlerschaft im Reiche der ungeheuerliche Dawesplan<sup>[19]</sup> dem deutschen Volke auferlegt wurde. Die Partei, der er angehört, und die übrigen bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie sind es, die die Lasten dieses Abkommens fast nur den werktätigen Massen auferlegen. Er ist der Mann, unter dessen Kanzlerschaft den Ruhrindustriellen ein Geschenk von 700 Millionen Mark gemacht worden ist („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.), mit dem sie ihre Betriebe ausgebaut und im Werte gesteigert haben und mit dem ihnen ungeheure Gewinne in den Schoß

geworfen wurden, während ungeheures Elend über die werktätigen Massen gebracht worden ist. Und dieser Mann, nachdem er im Reiche abgewirtschaftet hat, will jetzt in Preußen seine Politik fortsetzen!

Auf seine Erklärung, die er bescheiden nur als Richtlinien darlegte, im einzelnen einzugehen, lohnt sich sicher nicht. Er ist zu klug, um nicht zu wissen, daß die Versprechungen eben nur Versprechungen bleiben müssen. Er selber will die Erfüllung dieser Versprechungen sicher nicht; der Standpunkt seiner Partei verbietet ihm das. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Er hat geglaubt, sich dadurch zu empfehlen, daß er sagte, er wolle das Wohl des Staates über seine Parteiinteressen stellen. Ja, was ist denn das Wohl des Staates? — Das Wohl dieses Staates sind die Interessen aller bürgerlichen Parteien; denn nur dadurch kann dieser Staat bestehen, daß er die Geschäfte der bürgerlichen Parteien betreibt.

Ein Kuriosum möchte ich doch aus seiner Erklärung hervorheben. Der preußische Ministerpräsident Marx klagt den ehemaligen Reichskanzler Marx an, daß er auf die „Belange Preußens“ nicht genügend Rücksicht genommen hat. Dafür will er jetzt die Autorität Preußens gegen die Luther-Regierung — auch eine Zentrumsregierung im Reich — stärken. Dieser Zusammenhang macht wirklich lachen. Herr Marx, diesen Scherz hätten Sie sich doch besser überlegen sollen.

Eine sehr wichtige Angelegenheit ist — wir greifen das aus seiner Erklärung heraus —: Er kündigt wohl Gnadenerweise für die von der Justiz verurteilten Gefangenen an, aber er hat kein Wort dafür gefunden, daß eine Amnestie denen gewährt werden soll, die von dieser brutalen, blutigen Klassenjustiz auf Jahre in die Gefängnisse geworfen sind, weil sie nichts anderes taten, als für die Interessen der werktätigen Massen zu kämpfen. Das ungeheure Bluturteil in Hamburg, das gegen die Hamburger Oktoberkämpfer gefällt wurde, zeigt, welche Zweck- und Rachejustiz von der Bourgeoisie angewandt wird, um die werktätigen Massen von der Fortführung ihres Kampfes abzuschrecken. Wir werden nicht lockerlassen, bis wir die werktätigen Massen auf der Straße haben, damit sie Sie zum Teufel jagen mit Ihrer Klassenjustiz.

Aber die Marx-Regierung wird sich ohnehin einer langen Lebensdauer nicht erfreuen. Ganz abgesehen davon, daß Herr Marx Anwärter auf den Reichspräsidentenposten ist und im Mai wahrscheinlich bereits, wenn nicht früher, von dieser Stelle verschwindet, wird diese Marx-Regierung keine ausreichende Mehrheit im Landtage haben, um wirklich fruchtbare Regierungspolitik, auch im Sinne der bürgerlichen Parteien zu treiben, selbst wenn sie jetzt mit knapper Mehrheit ein Vertrauensvotum erhielte. Eigentlich müßte die Basis für dieses Kabinett groß genug sein, denn sie reicht von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen — Parteien, die in der entscheidenden Frage, nämlich der gemeinsamen Aufgabe der Verhinderung der proletarischen Revolution, einig sind. Aber die verschiedenen Cliqueninteressen in diesem Lager schaffen kleine Oppositionen, um eine besondere Begünstigung für diese oder jene Clique herbeizuführen. Die SPD allerdings erreicht dabei nur eine Bevorzugung einzelner Führer, nicht etwa eine Bevorzugung der Interessen der werktätigen Massen, wie denn die SPD in diesem Lager immerhin eine sehr klägliche Rolle spielt.

Die Opposition, die der Marx-Regierung von rechts entgegentritt, bestätigt durchaus diese von mir eben verkündete Auffassung. Die Junker und die Schwerindustriellen wollen allein die Regierung übernehmen und das alte Junkerregiment in Preußen wiederaufrichten, um ihren Profithunger mit Unterstützung des Staates mehr als bisher zu stillen. Die jetzige Landwirtschaftswoche bestätigt deutlich, welche Pläne man mit der Auswucherung der werktätigen Massen hat. Durch Schutzzölle, durch Steuern sollen sie mehr noch als bisher geschröpft werden. Aber man muß es den Deutschnationalen lassen, daß sie mit eiserner Konsequenz ihr Ziel verfolgen, und die volksparteilichen Schwerindustriellen werden von dieser Partei hart an die Kandare genommen, so hart, daß sie jetzt verleugnen müssen, was sie vorher angeboten haben. Die Deutschnationalen führen den Klassenkampf, den sie bei den werktätigen Massen verurteilen. Aber die Konsequenz in der Verfolgung ihrer Ziele hat den Ruin der werktätigen Massen zur Folge und wird auch zum Sturz der heutigen bürgerlichen Gesellschaft führen, weil es uns, den Kommunisten, gelingen wird, die Massen auf die Beine zu bringen gegen dieses

Regiment, das von den Schwerindustriellen und Junkern angestrebt wird.

Nicht ganz so konsequent sind die Deutschnationalen dort, wo sie ihr Ziel zum Teil erreicht haben, wie zum Beispiel im Reichstage. Da geht diese Konsequenz ziemlich zum Teufel. Ich will nur daran erinnern, daß sie schon vor den Wahlen bei der Abstimmung über den Dawesplan nicht bei ihren Worten geblieben sind, sondern die „Partei Mampe“ geworden sind, indem sie die Hälfte ihrer Abgeordneten abkommandierten, für diesen von ihnen so bekämpften Plan zu stimmen. Ich verweise weiter darauf, daß sie bei der Aufwertung, einer ihrer Wahlparolen, ebenfalls die Versprechungen gebrochen haben, die sie ihren Wählern gegeben hatten. Genauso komisch ist das Spiel, das sie bei der Abstimmung über den Handelsvertrag mit Siam im Reichstage aufgeführt haben, wo sie ebenfalls zunächst diesen Vertrag als ein für das Deutsche Reich ehrenrühriges Abkommen ansahen, dann aber doch dafür stimmten. Also die Konsequenz hält bei den Deutschnationalen nur so lange an, als sie in Opposition sind. Sind sie an die Macht gekommen, halten sie diese Konsequenz nicht aufrecht. Die hier abgegebene Erklärung der Deutschnationalen sagt der Regierung den schärfsten Kampf mit allen parlamentarischen Mitteln an. In erster Linie richtet sich ihre Opposition aber gegen Severing. Die Erklärung der Deutschen Volkspartei versucht, die von den Deutschnationalen bekundete Energie nachzuahmen. Aber diese Nachahmung ist doch immerhin nur eine Kopie, denn es haftet dieser Volkspartei der Ludergeruch der Koalition an. Sie waren doch beinahe 3 Jahre so einträchtig zusammen, daß die beiden volksparteilichen Minister schmerzerfüllt diese Gemeinschaft verlassen haben. Ich möchte nur an die Erklärung erinnern, die der volksparteiliche Minister von Richter zum Ausdruck brachte, indem er in warmen Worten der mehr als zweijährigen Zusammenarbeit der Parteien der Großen Koalition gedachte. Er sagte:

Es sei ihm ein aufrichtiges Bedürfnis, festzustellen, daß das Kabinett trotz der grundsätzlichen Verschiedenheiten in den Anschauungen seiner Mitglieder zum Wohle des Vaterlandes zusammengearbeitet habe und daß alle seine Mitglieder gleich-

mäßig bemüht gewesen seien, nicht Parteiminister, sondern Minister der Großen Koalition zu sein.

Er sprach dem Ministerpräsidenten Braun und allen Staatsministern seinen und seines Kollegen Dr. Boelitz Dank für die gemeinsame Arbeit aus, die nicht nur eine angenehme und schöne Erinnerung für das Leben, sondern auch für Preußen-Deutschland nicht verloren, vielmehr von Erfolg und von Bedeutung gewesen sei.

Ich muß gestehen, in Anbetracht dieser Worte sieht diese Erklärung der Deutschen Volkspartei doch recht komisch aus. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten und den Sozialdemokraten.) Aber dieser Gesinnungswandel der Deutschen Volkspartei hat natürlich seine realen Beweggründe. Die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit den Deutschnationalen zur Schaffung von Schutzzöllen, zur Abwälzung der Daweslasten, zur Fortführung der Steuerpolitik zugunsten der Besitzenden, das ist es, was sie in diese Gemeinschaft mit den Deutschnationalen treibt.

Und noch mehr! Die Deutschnationalen haben in ihrer Erklärung offen ausgesprochen, daß sie eine Abkehr von dem bisherigen Regierungssystem wünschen, womit verschleiert ausgedrückt wird ihr Ziel: die Wiederaufrichtung der Monarchie, des alten Obrigkeitsstaates. Die Junker wollen eben wieder allein an die Futterkrippe, an der sie im kaiserlichen Deutschland gesessen haben, und damit eine Bereicherung besonders ihrer Klasse durchführen. Wir als Kommunisten sagen den Bestrebungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ebenso den schärfsten Kampf an — wie diese Parteien selber wissen, daß ihre Interessen denen der Kommunisten, der revolutionären Bevölkerung Deutschlands, absolut entgegengesetzt sind, daß wir uns als Todfeinde gegenüberstehen.

Damit will ich auch das läppische Gerede von dem Zusammengehen der Kommunisten mit den Deutschnationalen abtun. Die Arbeiter draußen, denen wir auseinandergesetzt haben, aus welchen Gründen die Deutschnationalen und aus welchen Gründen die Kommunisten die Regierung stürzten, haben das begriffen; die sozialdemokratischen Führer haben das nicht begriffen. Aber weshalb sich übrigens die Deutschnationalen und die Volksparteiler so gegen die Sozialdemokraten wenden, ist

uns eigentlich unverständlich. Die Sozialdemokraten haben doch gute Arbeit für die Ziele jener Parteien geleistet; sie sind doch die Wegbereiter der monarchistischen Konterrevolution. Stresemann tut sich besonders viel darauf zugute, daß der ehemalige Kronprinz mit Hilfe der Sozialdemokraten in das Land geholt worden ist. Was sonst die Sozialdemokratie getan hat bei der Niederschlagung der Arbeiter, bei der Durchführung des Belagerungszustandes, bei der Schaffung der konterrevolutionären Banden — und was Herr Hirsch, der frühere Ministerpräsident von Preußen, im Untersuchungsausschuß erzählt hat, nämlich daß ihm die Bourgeoisie Geldmittel in die Hand gegeben hat, um die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuschlagen, das alles zeigt doch, daß die Sozialdemokratie Ihr willfähriger Büttel ist und daß Sie eigentlich keine Ursache haben, sich gegen sie zu wenden. Also wozu die Unzufriedenheit mit den Sozialdemokraten und mit Herrn Severing? Der Mohr hat noch lange nicht seine Arbeit getan. Solange die proletarische Revolution Sie noch nicht hinweggefegt hat, brauchen Sie die Hilfe der Sozialdemokratie. Sie ist doch so willig, Ihnen zu helfen, und bereit, alles für Sie zu opfern. Sie hat Braun geopfert, sie hat geopfert Siering und ist zufrieden, wenn nur Severing bleiben kann. Ja, es ist sogar gesagt worden, daß man Noske opfern will, damit die Deutschhannoversche Partei zu der Koalition von Marx und Severing kommt. Die Sozialdemokratische Partei ist zufrieden, daß Severing bleiben kann, um — natürlich bildlich gesprochen — der Kettenhund der Bourgeoisie sein zu können.

Die Sozialdemokratie hat gestern durch ihren Redner auseinandersetzen lassen, daß es nicht ihre Schuld sei, wenn der Gedanke der Volksgemeinschaft nicht fruchtbar geworden sei, die Sozialdemokraten seien Realpolitiker, die zwar keine Gesinnungsgemeinschaft mit den Deutschnationalen eingehen könnten — es klang das einigermäßen bedauernd durch —, wohl aber eine Arbeitsgemeinschaft für gemeinsame praktische Ziele, und er erhob den Vorwurf gegen rechts, daß man dort nicht zu dieser Arbeitsgemeinschaft bereit gewesen sei. Diese gemeinsamen praktischen Ziele sind die Ziele, für die sich Herr Hirsch von der Bourgeoisie hat bezahlen lassen, nämlich die Niederwerfung des Bolschewismus. Der Bolschewismus ist das Schreckgespenst, mit dem

man die Arbeiter abzuhalten sucht vom revolutionären Kampfe zur Wahrung ihrer wahren Interessen. Der sozialdemokratische Redner, der von Beruf Professor der Nationalökonomie ist, hat dabei auch gesagt, daß eine echte Volksgemeinschaft allerdings nur auf sozialistischer Grundlage, die keine Klassengegensätze kennt, möglich sei. Dabei hat er die Kleinigkeit übersehen, daß zu dieser echten Volksgemeinschaft, bei der keine Klassengegensätze existieren, eine Kleinigkeit Voraussetzung ist: die proletarische Revolution. Aber gerade die proletarische Revolution zur Herbeiführung dieser echten Volksgemeinschaft sucht die Sozialdemokratie zu verhindern. Dafür stellt sie ihren Severing der Marx-Regierung zur Verfügung. Also die Sozialdemokraten wollen keine echte Volksgemeinschaft, sie wollen eine falsche Volksgemeinschaft, mit der die Massen irreführt werden sollen.

Was der Redner der Sozialdemokraten sonst noch an Forderungen aufstellte und an Erklärungen abgab, ist ebensowenig ernst gemeint, als es ernst genommen werden kann. Der angekündigte Kampf gegen Schutzzölle, gegen die konfessionelle Schule, der Kampf für die Republik — alles Redensarten! Die Erfahrungen bestätigen, daß die Sozialdemokratie bisher das Gegenteil getan hat. Die Opposition, die die Sozialdemokratie im Reichstage und im Landtage machen will, hat sie an einer andern Stelle als eine „charaktervolle“ Opposition bezeichnet. (Lachen bei den Kommunisten.) Damit hat sich die Sozialdemokratie am besten charakterisiert. Sie will damit sagen, daß sie keinen ernsthaften Kampf will, daß sie die Massen nicht zum Kampf aufrufen will. Und das nennt sie charaktervoll! Charaktervoll gegenüber der Bourgeoisie, aber charakterlos gegenüber der Arbeiterschaft! Wie Schnock der Schreiner in Shakespeares „Sommernachtstraum“ sagt die Sozialdemokratie zu der Rechten: Seid unbesorgt! Ich bin ja gar kein Löwe; ich tue nur so, ich brülle nur so. Ich bin ja Schnock der Schreiner. (Heiterkeit rechts.) Die Sozialdemokratie macht in der Tat ihre Opposition nur zum Schein, nur um die Massen zu beruhigen, nur damit die Massen nicht etwa selbst zum Kampfe antreten, und sie vertröstet die Massen immer wieder auf die Arbeit, die sie in den Parlamenten leisten werde.

Oder führt etwa die Sozialdemokratie einen Kampf gegen die

Luther-Regierung? Nein, in keiner Weise; sie unterstützt diese Regierung. Oder führt etwa die Sozialdemokratie das aus, was sie bei den Wahlen versprochen hat: den rücksichtslosen Kampf zur Sicherung der achtstündigen Arbeitszeit und der siebenstündigen Arbeitszeit unter Tage?! Nein, der ADGB hat vor den Wahlen zum Volksentscheid aufgerufen, hat unter den Arbeitern Gelder gesammelt. Heute hört man nichts mehr von dem Volksentscheid. Vielleicht hat man die Gelder für andere Zwecke verwenden müssen.

Bei dem fürchterlichen Grubenunglück, das wir jetzt erlebt haben, ist es notwendig, festzustellen, daß es ein sozialdemokratischer Schiedsrichter, Herr Mehlich, gewesen ist, der den Grubensklaven den achtstündigen Arbeitstag unter Tage aufzwingen will. Also nichts anderes als Spiegelfechtere! Oder führt die Sozialdemokratie etwa das durch, was sie bei den Wahlen versprochen hat: daß sie für eine gerechte Lastenverteilung auf Grund des Dawesplans eintreten will? Nein, die jämmerlichen Anträge, die sie im Reichstage gestellt hat, sind ein Hohn auf das, was sie bei den Wahlen der Arbeiterschaft versprochen hat. Oder führt die Sozialdemokratie den Kampf gegen die monarchistische Konterrevolution durch? Der sozialdemokratische Redner sagte hier, der Streit um die Staatsform bestehe für die SPD nicht. Das kommt mir vor wie der Vogel Strauß, der den Kopf in den Sand steckt. Mit solchen Worten will die Sozialdemokratie die Arbeiter beruhigen, damit sie glauben, die Republik stehe fest — so wie die Arbeiter vor dem Kapp-Putsch an die Treue der Offiziere zur Regierung glauben sollten, von der der Herr Noske gesprochen hat. Aber der Streit und der Kampf um die Staatsform besteht bei anderen Parteien, bei den Deutschnationalen zum Beispiel, und die Frage wird von ihnen infolge der Haltung der SPD, infolge der Preisgabe der Interessen der Arbeiter durch die SPD, auf die Tagesordnung gestellt werden.

Die SPD ist durchaus kein Bollwerk gegen den Monarchismus. Der Gedanke des Volkskaisertums spukt in den Köpfen vieler ihrer Führer. Es verträgt sich doch mit der Auffassung der II., der sozialdemokratischen Internationale, daß MacDonald der Ministerpräsident einer königlichen Regierung ist. Genauso liegt es in Schweden mit Branting. Also wo ist die grundsätzliche Ableh-

nung des Monarchismus bei der Sozialdemokratie?! Ich will dabei in der Vergangenheit nicht zu weit zurückgreifen und nur darauf hinweisen, daß die SPD in den Novembertagen 1918 bemüht gewesen ist, die Monarchie zu erhalten.

So hat die Arbeiterschaft von der SPD keine Förderung zu erwarten. Die SPD ist unfähig, diese Klassenkampfpolitik zu betreiben. Durch parlamentarischen Schacher kann sie wohl kleine Zugeständnisse erreichen, um die Proleten zu beruhigen, aber dafür gibt sie den Klassenkampf preis, das einzige Mittel, mit dem sich die Proletarier aus dieser Ausbeutung und Knechtung befreien können. Denn nur unter dieser Bedingung, daß sie den Klassenkampf aufgegeben hat, wie es im Görlitzer Parteiprogramm dargelegt ist, ist sie überhaupt für das Zentrum und die Demokraten koalitionsfähig geworden. Das ist die Voraussetzung für die Weimarer Koalition<sup>1</sup>.

Die Götterdämmerung der SPD hat begonnen. Von 13<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Millionen Stimmen, die sie und die USPD 1919 bei den Wahlen zur Nationalversammlung aufbrachten, sind bei der jetzigen Wahl 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Stimmen übriggeblieben, wogegen wir Kommunisten sagen können, daß aus den 430 000, die wir 1920 bei der Reichstagswahl erhielten, als wir uns zum ersten Male an Parlamentswahlen beteiligten, 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Millionen bei der letzten Wahl geworden sind: ein deutliches Zeichen, wie die Arbeiter trotz aller Täuschungsmanöver der SPD doch begreifen, worum es sich bei dem Kampf für ihre Interessen handelt. Die Enttäuschung hat aber noch viel mehr zugenommen. Die Selbstdemaskierung im Ebert- und Auer-Prozeß, wo von den Führern selbst zugegeben wurde, wie bewußt sie die Arbeiter irreführt haben, um sie zu hindern, ihre Klasseninteressen durchzukämpfen, die Verantwortung für den Ruhrgelderskandal, die Untersuchung im Barmat-Skandal, alles das hat erwiesen, daß bei den Massen, selbst in den Reihen der Sozialdemokratie — der Beschluß der Leipziger Generalversammlung der SPD beweist es — eine riesige Enttäuschung über die Politik der Führer der Sozialdemokratie Platz gegriffen hat. Wenn die Sozialdemokratie glaubt, sich von den Folgen ihrer Koalitionspolitik, die sich in den Korruptionsskandalen be-

<sup>1</sup> Gemeint ist die Koalition der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Demokratischen und der Zentrumspartei. *Die Red.*

merkbar machen, zu reinigen, indem sie einige ihrer Führer über Bord wirft — indem sie Bauer aus der Partei ausschließt, den Polizeipräsidenten Richter von seinem Posten abberuft —, so sind das absolut keine Maßnahmen, durch die sich die Sozialdemokratie reinigen kann. Nach der warmen Verteidigungsrede, die Heilmann im Barmat-Untersuchungsausschuß für Herrn Barmat gehalten hat, ist man vielmehr versucht, anzunehmen, daß Bauer aus der Partei ausgeschlossen worden ist, weil er Barmat Schaden zugefügt hat. Wir Kommunisten beurteilen diese Korruptionerscheinungen nicht etwa nach den Verfehlungen einzelner Personen. Die Korruption ist wie der Wucher, die Schieberei, der Diebstahl, der Betrug eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Kapitalismus. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Je höher der Kapitalismus entwickelt ist, um so höher sind auch diese Begleiterscheinungen entwickelt. Amerika ist der beste Beweis dafür. Deshalb haben Vertreter des Kapitalismus, wie die Deutschnationalen und die Volkspartei, keine sonderlichen Ursachen, sich über die Beteiligung der SPD oder des Zentrums an diesen Korruptionsskandalen aufzuregen. Das läßt höchstens auf Neidhammelei schließen, daß die SPD- und Zentrumsabgeordneten auch etwas abbekommen haben. Sie dürfen diese Beteiligung an Korruptionsskandalen, an Schieberei und Wucher nicht etwa nur als ihr ausschließliches Privileg ansehen. (Heiterkeit.)

Daß die Sozialdemokratie von dieser kapitalistischen Krankheit angefressen worden ist, liegt in der Tat an der Koalitionspolitik, an der Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, die sie seit 1914 betreibt. Deshalb ist es auch nicht mit dem Ausschluß Bauers getan, dadurch wird keine Reinigung herbeigeführt, sondern nur durch die Abkehr von der Koalitionspolitik, das heißt durch den Klassenkampf gegen das Kapital.

Aber dazu ist die Sozialdemokratie nicht mehr fähig. Sie hat in ihrer ganzen Politik, in ihrer Führergarnitur die Fähigkeit verloren, auf den Boden zurückzukehren, von dem aus die alte Sozialdemokratie von Bebel und dem alten Liebknecht den Kampf geführt hat. Diese Fähigkeiten hat sie eben verloren.

Die SPD macht klägliche Manöver, um ihre Anhänger von diesen Korruptionsskandalen abzulenken. Die SPD hat große Hoff-

nungen auf den jetzigen Prozeß in Leipzig gesetzt. Die Überschriften ihrer Prozeßberichte lassen die Wünsche erkennen, die sie auf den Ausgang dieses Prozesses setzt. Man hat den Ebert-Prozeß extra wegen dieses Prozesses vertagt, damit keine Ablenkung erfolgt, denn Sie wissen: Beim Ebert-Prozeß stinkt's mehr als bei diesem Prozeß, der in Leipzig geführt wird. Die starke Enttäuschung über den bisherigen Verlauf des Prozesses ist bei den bürgerlichen Parteien, am meisten aber bei den Sozialdemokraten, offenkundig. Der „Vorwärts“ bemüht sich, die Prozeßberichte ein wenig zu verschönen, indem redaktionelle Zwischenbemerkungen gemacht werden, um dem Reichsanwalt ein bißchen behilflich zu sein. Die Bütteldienste beschränken sich nicht nur auf die Niederschlagung der Arbeiterschaft, nicht nur auf die Beteiligung am Staatsgerichtshof zur Verurteilung der Arbeiter, sondern auch auf die Heranschaffung von Spitzelmaterial, damit Arbeiter verurteilt werden können. Die Hoffnungen, die die Sozialdemokratie auf den Prozeß in Leipzig gesetzt hat, um eine Pogromhetze gegen die KPD zu entfachen, haben sich nicht erfüllt, weil die KPD an diesen Dingen nicht beteiligt ist.

Dann versucht die SPD, vom Barmat-Skandal durch kleinlichste Mittel und Verleumdungen abzulenken. Da viele von ihr schon soviel Dreck am Stecken haben, sind sie ebensowenig zufrieden wie die Deutschnationalen und versuchen, auch kommunistischen Führern Dreck anzuhängen.

Ferner versucht die SPD, von ihrer schändlichen Politik, vom Barmat-Skandal durch eine Hetze gegen die Sowjetunion abzulenken. Arbeiter in der Sowjetunion sind es, die deutsche Arbeiter, sozialdemokratische Arbeiter, einladen, in die Sowjetunion zu kommen, um sich durch Augenschein zu überzeugen, daß es Lug und Schwindel ist, was die Sozialdemokratie über die Sowjetunion verbreitet. Aber die Sozialdemokratie kündigt an: Der Arbeiter, der ohne ihren Willen in die Sowjetunion fährt, wird aus der Gewerkschaft, aus der Partei ausgeschlossen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Also Hinderung der Erkenntnis der Wahrheit, Angst vor der Wahrheit ist es, was die Sozialdemokratie leitet. Bürgerliche Ökonomen, Professoren sind es, die sich die Augen und Ohren gegen den Fortschritt,

gegen den Aufbau der Wirtschaft nicht verschließen können, der in der Sowjetunion vor sich geht. Sie haben durch ausführliche Referate kundgetan, daß in der Tat durch die Arbeiter, die Bauern, die werktätigen Massen, eine kommunistische Gemeinwirtschaft dort aufgebaut wird. Also die SPD ist im Sumpf der bürgerlichen Gesellschaft versunken. Ihr Oppositionsgerede ist nur Schein und Betrugsmanöver, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

So bleibt für den eigentlichen Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen das Marx-Kabinett einzig und allein die Kommunistische Partei. Die Kommunistische Partei ist die Klassenvertretung des Proletariats. Deshalb sieht sie ihre Aufgabe in der Organisation des revolutionären Kampfes, in der Schaffung einer einheitlichen Kampffront aller Werktätigen, der Arbeiter in Stadt und Land, der Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden, kurz aller derjenigen, die unter der Ausbeutung des Kapitals leiden und schmachten müssen.

Außenpolitisch führt die Kommunistische Partei in Verbindung mit der Kommunistischen Internationale den Kampf gegen die Versklavung der Völker, den Kampf gegen alle Kriegsversuche, die unternommen werden. Die Kommunistische Partei gehört nicht zu den Pazifisten, die ein weinerliches Gerede vom ewigen Frieden machen, den sie erträumen. Die Kommunisten wissen, daß sie zum ewigen Frieden erst kommen werden, wenn sie durch den Bürgerkrieg alle Klassengegensätze überwunden haben.

Innenpolitisch führt die Kommunistische Partei den Kampf gegen jede Ausbeutung, gegen Lohndruck, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die Steuerlasten, die den werktätigen Massen auferlegt werden, und sie kämpft für die Behebung der Erwerbslosigkeit. Denn alles, was der Ministerpräsident von den Absichten geredet hat, die Erwerbslosigkeit einzudämmen, ist nur Gerede. Der Kapitalismus braucht Erwerbslose, um sie zum Lohndruck gegen die Werktätigen zu verwenden. Genauso führt die Kommunistische Partei den Kampf für die Forderungen der Rentner, Arbeits- und Kriegsrentner, um ihnen die Sicherung ihrer Existenz zu ermöglichen.

Die Kommunistische Partei sammelt die werktätigen Massen zu einer großen einheitlichen Kampffront, zu der Kampfeinheits-

front in Gewerkschaften und Betrieben. Alle Versuche, die Kommunisten daran zu hindern, diese Einheit zu schaffen, werden an der wachsenden Erkenntnis der werktätigen Massen von der Notwendigkeit dieser Einheitsfront scheitern. Die Einheitsfront und ihr Kampfwille ist das einzige Mittel, die proletarische Revolution durchzuführen und die Bourgeoisie von ihren Vorrechten zu verjagen, die Bourgeoisie zu stürzen und an die Stelle der Bourgeoisierepublik eine wirkliche Arbeiterrepublik zu setzen.

Die Kommunistische Partei kämpft für eine Arbeiter-, für eine Räterepublik. In diesem Bestreben sagen wir Kommunisten jeder bürgerlichen Regierung den Kampf bis aufs Messer an. Mögen sich die bürgerlichen Regierungen noch so sehr wehren, mögen sie alle Mittel der Staatsgewalt gegen die Kommunistische Partei, gegen das revolutionäre Proletariat anwenden — die Kommunistische Partei, das revolutionäre Proletariat wird siegen, wird der Sieger sein über die ganze Bande, die heute Deutschland regiert.<sup>1</sup>

*„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 1. Bd.*

---

<sup>1</sup> Eine Abstimmung über den Mißtrauensantrag wurde nicht durchgeführt, da bereits der Vertrauensantrag der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Daraufhin erfolgte der Rücktritt des gesamten Kabinetts. *Die Red.*

## Regierungskrise – das Proletariat wird zur Tagesordnung übergehen

Aus der Rede im Preußischen Landtag<sup>1</sup>  
3. April 1925

Wir Kommunisten legen das Hauptgewicht nicht so sehr auf die formale Seite des Konflikts, der sich aus der Tagung des Ständigen Ausschusses<sup>2</sup> in der kurzen Vertagungspause des Landtages ergeben hat, sondern wir legen das Hauptgewicht auf den Inhalt dieser Verordnungen und auf den politischen Hintergrund, von dem das Geschäftsministerium und der Ständige Ausschuß ausgegangen sind, um eine Reihe reaktionärer Gesetze — die hier im Hause wahrscheinlich keine Mehrheit oder jedenfalls den stärksten Widerspruch der Kommunisten gefunden hätten — im Ständigen Ausschuß zu erledigen. Alles Gerede von den Staatsnotwendigkeiten, die zu dieser Tagung des Ständigen Ausschusses genötigt hätten, ist nichts als Schwindel, Täuschungsmanöver; denn im Grunde genommen sind sich ja alle bürger-

<sup>1</sup> Nachdem der Landtag das Kabinett Marx am 20. Februar abgelehnt hatte, wurde Marx am 10. März wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Basis war ihm jedoch zu schmal; er nahm die Wahl nicht an. Als am 31. März erneut zur Präsidentenwahl geschritten werden sollte, stellte sich bei Eröffnung der Sitzung heraus, daß die Parteien noch immer um die Ministersitze schacherten. Man vertagte sich auf drei Stunden, dann wurde der Demokrat Höpker-Aschoff gewählt. Er lehnte jedoch entrüstet ab, da er gegen seinen Willen gewählt worden sei. Am 3. April wurde Otto Braun wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. Sein Kabinett der Weimarer Koalition fand in der Sitzung am 28. März aber auch nur eine geringe Mehrheit. *Die Red.*

<sup>2</sup> Der Ständige Ausschuß („Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber dem Staatsministerium“) unterscheidet sich von allen übrigen vom Landtage eingesetzten Ausschüssen dadurch, daß er ermächtigt ist, in den Zeiten, während der Landtag keine Sitzungen abhält, oder im Falle eines ungewöhnlichen Notstandes in gewissen Grenzen die Funktionen des Landtages auszuüben. Er kann selbständig mit Gesetzeskraft Verordnungen der Regierung erlassen. *Die Red.*

lichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie darin einig, diese reaktionären Gesetze den werktätigen Massen aufzuzwingen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Von der rechten Seite des Hauses wird mit ihrer Opposition gegen diese Gesetze eine Pression auf die Weimarer Koalition versucht, um einen Teil der Weimarer Koalition beiseite zu schieben und den übrigen Teil in ihre Bundesgenossenschaft aufzunehmen.

Es ist hier bei der Behandlung der formalen Seite des Konflikts sehr viel von dem Geschäftsministerium<sup>1</sup> die Rede. Eigentlich haben wir nie ein anderes Ministerium gehabt als ein Geschäftsministerium; denn darin liegt der tiefe Sinn des Wortes, daß das Ministerium die Geschäfte des Landtages — der in Wirklichkeit auch nur eine Vertretung der Bourgeoisie ist — wahrzunehmen hat. Insofern sind die Minister nichts anderes, als was die Handlungsangestellten bei einem kaufmännischen Geschäft sind.

Es handelt sich bei der formalen Seite des Konflikts um die Wahrung der Verfassung, die sich die Mehrheit dieses Hauses gegeben hat, die aber von der einen oder anderen Clique nur insofern anerkannt wird, als sie ihr in den Kram paßt. Sonst behandelt man die Verfassung als einen Papierwisch („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.), den man nichtachtend beiseite wirft, wenn er einem nicht in den Kram paßt. Das trifft auf die Weimarer Koalition zu, und das trifft auf die Rechtsparteien zu. Alle bürgerlichen Parteien sind sich in der Beurteilung der Verfassung durchaus einig: Das ist nur ein Papierwisch, den man zur Täuschung der breiten Massen braucht. Ihnen redet man ein: Wir leben in einer demokratischen Republik. In Wirklichkeit herrscht die unumschränkte Diktatur der Bourgeoisie („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.), und alle sogenannten demokratischen Parteien sind der Bourgeoisie behilflich, daß sie diese Diktatur ausüben kann. Besonders betrifft das die linke Seite der Weimarer Koalition. Sie tut alles, um die werktätigen Massen daran zu hindern, daß diese Täuschungsmanöver unmöglich gemacht werden. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

---

<sup>1</sup> Ein zurückgetretenes Ministerium, das bis zum Amtsantritt einer neuen Regierung die laufenden Regierungsgeschäfte fortführt. *Die Red.*

Zur Begründung meiner Behauptung, daß diese Verfassung nur ein Papierwisch ist, möchte ich auf die Vorgänge verweisen, die sich in Preußen und im Reiche abgespielt haben. Im Reiche hat sich der frühere Reichspräsident, der Sozialdemokrat Ebert, mit ruhigem Gewissen über die Bestimmung des Artikels 48 der Reichsverfassung hinweggesetzt, mit dem er überhaupt fast nur regiert hat; er hat unter Ausschaltung aller in der Weimarer Verfassung sogenannten „Rechte der Staatsbürger“ die ausführende Gewalt dem General Seeckt übertragen und damit die Verantwortung für die einzelnen Maßnahmen von sich abzuwälzen gesucht. Das mochte bequem für die Sozialdemokratie sein, stand aber durchaus im Widerspruch zu der Verfassung. So ist auch die Kommunistische Partei ganz im Gegensatz zu den verfassungsmäßigen Bestimmungen verboten worden. Nun, wir legen darauf nicht das Hauptgewicht, sondern wiederum auf den politischen Hintergrund, von dem aus seinerzeit die Kommunistische Partei verboten worden ist. Wie hoch Verfassung und Demokratie stehen, das zeigte sich auch, als Ebert den General Seeckt beauftragte, mit der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen zu marschieren und die dortigen durchaus legalen Regierungen zu vertreiben und zu verhaften — als Ebert also zu einem Staatsstreich griff, um dort eine unbequeme Regierung zu beseitigen —, alles im Namen der Demokratie und der hochgeheiligten Verfassung der Bourgeoisie. Was man sich dann inzwischen hier im Hause in bezug auf die Verfassung geleistet hat, das ist bekannt, das brauche ich im einzelnen nicht zu wiederholen. Ich stelle nur fest, daß sowohl in der Frage des Ständigen Ausschusses als auch in dem Versuch, auf lange Zeit ohne die Genehmigung des Landtages Notverordnungen zu erlassen, wieder ein Bruch der von Ihnen geschaffenen Verfassung liegt.

Herr Dr. Leidig<sup>1</sup> sagte, es sei allerdings ein bedauerlicher Zustand, daß es so weit gekommen sei, daß selbst die Gerichte sagen: Was ist denn schon Hochverrat und Landesverrat, das ist ja gar keine so schlimme Geschichte mehr! — Ja, aber wenn von den höchsten Stellen des Staates diese Beispiele gegeben werden, wie wollen Sie da erwarten, daß etwa die bürgerlichen Parteien die Verfassung achten, daß sie nicht Hochverrat und Landesverrat

<sup>1</sup> Mitglied der Deutschen Volkspartei. *Die Red.*

begehen. Und wie wollen Sie verlangen, daß die Werktätigen, auf deren Schultern die ganze Last des Staates liegt und die dafür geknechtet und gebückt werden, etwa in Hochachtung vor diesem Papierwisch von Verfassung ersterben! Daß also die Werktätigen das größte Interesse haben — nicht nur diesen Papierwisch, sondern auch die Grundlage, auf der er beruht —, die Macht der Bourgeoisie zu beseitigen, das sollten Sie doch jedenfalls verständlich finden. Sie sollten sich nicht darüber beklagen, wenn solche Bewegungen entstehen, die den Zweck haben, diesen Staat und die Macht der Bourgeoisie zu stürzen und an ihre Stelle die Macht der Werktätigen zu setzen.

Die Absicht, die mit den Notverordnungen verfolgt wurde, ist klar. Sie geht aus dem Charakter dieser Notverordnungen hervor, über die in der Spezialberatung noch einiges gesagt werden wird. Das eine wie das andere Gesetz — ob es Finanzgesetze sind, ob es das Gesetz ist zur Verlängerung der Amtsperiode der Provinziallandtage und Kreistage —, ganz gleich, es sind Gesetze, die gegen die werktätigen Massen gemacht werden, zum Teil zu ihrer Belastung, zum Teil, um zu verhindern, daß die Werktätigen ihr Urteil über die reaktionäre Tätigkeit der Provinziallandtage und Kreistage zum Ausdruck bringen können.

Ich möchte dabei besonders darauf hinweisen, daß gerade das Gesetz über die dritte Steuernotverordnung, das die Hauszinssteuer enthält, den Zweck dieser Gesetze ganz klar ausdrückt. Dabei ist eins besonders charakteristisch. Durch dieses Gesetz wird die Miete von 66 auf 76 Prozent der Friedensmiete hinaufgeschraubt. Diese Steuer ist eine der unsozialsten und reaktionärsten, weil sie keine Rücksicht darauf nimmt, in welchem Verhältnis das Einkommen des einzelnen zu dem Aufwand steht, den er für die Wohnung machen muß. Ein Bourgeois, der ein Rieseneinkommen hat, braucht einen unverhältnismäßig kleineren Teil seines Einkommens zur Bestreitung der Kosten für seine Wohnung, während heute der Arbeiter bei den hohen Mietpreisen und den niedrigen Reallöhnen einen auch gegenüber der Friedenszeit unverhältnismäßig höheren Betrag seines Einkommens für Miete aufwenden muß. So ist diese Hauszinssteuer eine der

ungeheuerlichen Belastungen, die in der letzten Zeit gegenüber den werktätigen Massen beschlossen worden sind. Wir stellen vor den werktätigen Massen fest, daß es die Sozialdemokratie gewesen ist, die im Ständigen Ausschuß wie auch bei der früheren Beschlußfassung diesem Gesetz ihre Zustimmung gegeben hat. Es ist eine unerhörte Heuchelei, wenn jetzt, nachdem die Mietervereine gegen diese erneute Erhöhung der Wohnungsmiete durch die Hauszinssteuer Sturm laufen, der „Vorwärts“ den Eindruck zu erwecken sucht, als ob er hinter diesem Sturm der Mieter gegen die Erhöhung der Hauszinssteuer stehe. So wird das Volk bewußt von den Parteien angeschwindelt, die die Hausdiener, die Lakaien der Bourgeoisie sind. Die Bewegung, die jetzt durch die Mieterschaft gegen die Erhöhung geht, ist natürlich nur ein Teil des Aufbäumens der werktätigen Massen gegen die übrigen Steuern, die sich im gleichen Sinne auswirken, nämlich als eine Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen.

Ich will davon Abstand nehmen und meine Zeit nicht zu sehr damit in Anspruch nehmen, die einzelnen Gesetze<sup>1</sup> durchzugehen, wie weit sie die werktätigen Massen belasten. Das wird in der Einzelbesprechung noch nachgeholt werden. Ich möchte mehr den politischen Hintergrund hervorheben, der hinter diesem Manöver, hinter dem Verfahren des Ständigen Ausschusses und der Regierung und überhaupt hinter der Regierungskrise steht. Hinter allen diesen Vorgängen steht die Erfüllungspolitik auf Grund des Versailler Vertrages und des Dawesplans. Diejenigen, die für diese Verträge und Abkommen verantwortlich sind, versuchen zwar, mit der Schwindelparole der gerechten Lastenverteilung die Massen zu täuschen. In Wirklichkeit aber machen sie keinen Finger krumm, um einen ernsten Kampf der Massen für diese „gerechte Verteilung“ herbeizuführen. In Wirklichkeit bedeutet die Erfüllungspolitik, daß das, was vom Staat aufgebracht werden soll, auf die Schultern der breiten werktätigen Massen abgewälzt wird. Die Steuergesetzgebung ist darauf zugeschnitten, den Besitz von diesen Lasten zu befreien, nach dem alten

<sup>1</sup> Gemeint sind von der preußischen Regierung im März 1925 erlassene Verordnungen mit dem Ziel, die Aufbringung der Deutschland durch den Dawesplan auferlegten Zahlungen zu sichern. *Die Red.*

Bismarckschen Grundsatz: Die Masse muß es bringen. Man kürzt nicht nur den armen, notleidenden Proletariern ihren erbärmlichen Lohn durch den Lohnabzug, sondern man will durch Schutzzölle die Massenbedarfsartikel, besonders die Lebensmittel, wieder wie in der Vorkriegszeit eminent verteuern und damit die Lebenshaltung immer mehr herunterdrücken.

Dasselbe trifft zu für den Schutz der Arbeitskraft vor Ausbeutung und Vergeudung — da ist es wiederum nur die Kommunistische Partei, die den werktätigen Massen in ihrem Kampf um den Achtstundentag zur Seite steht. Alle übrigen Parteien sind nicht nur Gegner des Achtstundentags, sondern sie verhindern auch jeden Kampf der Arbeitermassen um den Schutz der Arbeitskraft, sie versuchen, durch Schwindelmanöver die Arbeiter von einem ernsthaften Kampf abzuhalten.

Ein solches Schwindelmanöver war der angekündigte Volksentscheid<sup>[20]</sup>, der durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund den Massen in Aussicht gestellt wurde. Dafür hat man 50 Pfennig von jedem Arbeiter verlangt. Aber man hat nach der Wahl im Dezember kein Wort mehr von dem Volksentscheid gehört, kein Wort über die Verwendung dieser 50 Pfennig. Vielleicht hat der ADGB Barmat-Aktien dafür gekauft.

Die Kommunistische Partei ist die einzige, die konsequent als Arbeiterpartei den schärfsten Kampf geführt hat gegen den Versailler Vertrag und das Dawesgutachten; sie ist es, die mit der Parole der Zerreißung dieser Ausbeutungspakte, dieser Unterdrückungspakte, versucht, die Massen zum Kampfe gegen diese unerhörte Ausbeutung und Knechtung eines Volkes mobil zu machen. Sie ist die einzige Partei, die mit dem Vorschlage an die Arbeitermassen herantritt, die internationale Kampffront der Proletarier aufzurichten, den Kampf der englischen, französischen, italienischen Arbeiter mit den deutschen Arbeitern gemeinsam zu führen, um es dem Ententeimperialismus unmöglich zu machen, nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in anderen Ländern die werktätigen Massen zu knechten und auszubeuten.

Andererseits steht aber hinter dieser Regierungskrise, hinter all diesem Streit, der sich hier im Hause abspielt, nichts anderes als der Versuch, die einheitliche Klassenfront der Bourgeoisie

zur Unterwerfung und Beseitigung der Sowjetunion zu schaffen. Das, was in dem Sicherheitspakt, dem Garantiepakt ausgedrückt wird, was in dem Bestreben auf Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zum Ausdruck kommt, ist nichts anderes als die Einreihung Deutschlands in die Kriegsfrent der Entente gegen die Sowjetunion. Das kommt mit aller Deutlichkeit in den Ausführungen der sozialdemokratischen wie der deutschnationalen Presse zum Ausdruck. Der heilige Kreuzzug gegen Moskau, wie ihn die „Kreuzzeitung“ als eine Notwendigkeit hinstellt, wird unterstützt durch die Verleumdungen, die von der Sozialdemokratie über die Sowjetunion in der Arbeiterschaft verbreitet werden. So sind sie eine Front, die sich zusammenfindet, um den einzigen Hort der proletarischen Macht, die Sowjetunion, durch ein kriegerisches Unternehmen niederzuwerfen. Deutschland soll dafür durch den Eintritt in den Völkerbund und durch all die Versicherungen seiner Regierungsvertreter das Aufmarschgelände geben, und nicht nur dies, sondern die deutschen werktätigen Massen sollen erneut im Interesse der Bourgeoisie ihr Blut verspritzen. Wir werden als Kommunisten alles dazu beitragen, daß — wenn wieder einmal ein 4. August eintreten sollte — dann nicht wiederholt wird, was die Renegaten der Arbeiterbewegung an dem Tage erklärten, sondern daß dann das deutsche Proletariat geschlossen aufsteht, um den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und dann gegen die Bourgeoisie der anderen Länder aufzunehmen. Wir werden aber auch dafür sorgen, daß an einem solchen Tage nicht nur das deutsche Proletariat aufsteht, sondern auch das Proletariat in den anderen kapitalistischen Ländern. Das mögen die sogenannten Arbeitervertreter aus der Sozialdemokratie mit Lächeln vernehmen. Das ist verständlich, denn sie haben jede Fähigkeit verloren, den Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zu verstehen und zu führen.

Die Reden, die hier zu diesem Konflikt gehalten worden sind, haben über diesen politischen Hintergrund und den Zweck der Notverordnungen kein Wort enthalten. Das ist verständlich; denn was hier geredet wurde, waren Wahlreden, ob am 26. April Marx oder Jarres aus der Wahlurne als Reichspräsident hervorgehen soll. Marx oder Jarres — ein und dasselbe Kaliber! Nicht nur, daß sie gemeinsam in einer Regierung saßen und beide Ver-

treter der Bourgeoisie sind, sondern, wenn Marx jetzt durch den Verkauf der sozialdemokratischen Stimmen gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun gewählt wird, dann sind es die Sozialdemokraten, die in Wirklichkeit der Bourgeoisie den Dienst weiter erweisen, den sie ihr bisher erwiesen haben. Sie sind zwar dafür sehr schlecht belohnt worden, aber sie werden diese Dienste unverrückt weiter leisten müssen, weil sie sich in der Angst vor einer Revolution in der gleichen Front mit den Deutschnationalen befinden.

Was die Rede des deutschnationalen Abgeordneten von der Osten angeht, so habe ich schon gesagt, daß sie sich fast nur auf die formale Seite beschränkte und nichts anderes war als ein Täuschungsversuch. Die Deutschnationalen sind selbst schuld daran, daß die Regierung mit dem Ständigen Ausschuß solche Manöver machen kann, wie sie jetzt in der letzten Zeit und wahrscheinlich in der nächsten Vertagungsfrist erneut gemacht werden. Sie haben diese Verfassung mit beschlossen, sie haben den Ständigen Ausschuß mit einrichten helfen, und die Regierung kann sich darauf berufen, daß mit ihrer Zustimmung bisher in den früheren Ständigen Ausschußsitzungen eine Reihe solcher Notverordnungen beschlossen worden sind. (Zuruf rechts: „Da lagen die Mehrheitsverhältnisse anders!“) Sie sagen: Ja, damals war ein bestätigtes Ministerium vorhanden; jetzt haben wir ein Geschäftsministerium. Aber ob ein Geschäftsministerium oder ein bestätigtes Ministerium — das ist doch nur Formsache. Der wirkliche reale Hintergrund ist doch der, daß man den Landtag bewußt ausschaltet, um mit den Mitteln des Ständigen Ausschusses ohne Aufsehen reaktionären Gesetzen zum Durchbruche zu verhelfen. Hier sind die Beratungen der Gesetze immerhin unangenehm, weil sie vor dem Forum der Öffentlichkeit stattfinden, weil die Stimmverhältnisse bekannt werden. Deshalb flüchtet man sich in die Geheimkammer des Ständigen Ausschusses, um nicht vor den Massen offenbaren zu müssen, welchen reaktionären Plänen man zur Durchsetzung verholfen hat.

Die Regierungskrise, soweit sie von den Deutschnationalen betrieben wird, ist doch nur ein Streit um die Futterkrippe. Sie wollen wieder in die Regierung hineinkommen. Aber sie sind

durchar einig mit den Sozialdemokraten, alles zu tun, um die Arbeiter daran zu hindern, sich aus ihrer Not, aus ihrem Elend zu befreien. Sie sind gegen die sozialdemokratischen Minister aus der irrigen Annahme heraus, als ob das Marxisten wären. Sie (Nach rechts.) glauben den Kampf gegen den Marxismus zu führen. Ja, aber die Sozialdemokraten sind doch keine Marxisten. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten. — Zurufe bei den Sozialdemokraten und rechts.) Den Marxismus haben sie längst vergessen. (Erneute Zurufe von verschiedenen Seiten.) Sie sind durchaus in Ihr Lager nach rechts, meine Herren, abgeschwenkt, sind Ihre Bundesgenossen geworden. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten. — Zurufe bei der DNVP<sup>[21]</sup>.)

Wir dagegen haben keine Gemeinschaft mit den Deutschnationalen, so sehr sich auch die Sozialdemokratie bemüht, Dumme zu fangen, die dieser Behauptung Glauben schenken. Es gibt ja nichts, was zu dumm wäre, als daß die Sozialdemokratie nicht versuchte, es in ihren Versammlungen den gläubigen Massen aufzutischen, um sie damit einzufangen. Aber das hat ja doch alles seine Grenzen. Daher auch die Nervosität, mit der man die Kommunistische Partei mundtot zu machen sucht!

Was Leinert hier sagt, war immerhin ein kluges Manöver, um die Massen erneut für die Präsidentschaftswahl einzuseifen. Denn wenn er sich in seiner Rede hauptsächlich gegen die Rechtsparteien gewendet hat, so wollte er bei den Massen draußen den Eindruck erwecken: beim nächsten Wahlkampf handelt es sich um rechts und links, um einen Kampf zwischen Monarchie und Republik. Das war der Sinn seiner Rede gegen die Deutschnationale Volkspartei. Aber kein Mensch, der die Geschichte der Sozialdemokratie seit dem Jahre 1914 und der besonders die Tätigkeit des Herrn Leinert kennt, wird etwa annehmen, daß das, was er sagt, einen ernsten Gehalt hat. Das ist nur der übliche Schwindel, der gemacht wird und den man zunächst bis zur Präsidentschaftswahl fortführen will. Deshalb hat man auch nicht die Anträge der Kommunisten auf Auflösung des Landtages angenommen, so daß spätestens am 26. April der Landtag hätte neu gewählt werden können, sondern man hat erklärt: Wir lassen uns von den Kommunisten nicht den Termin der Landtagswahl vorschreiben. Ja, die Sozialdemokraten wissen ganz ge-

nau, warum man nicht am 26. April den Landtag neu wählen kann: Dann würde der Schwindel von Monarchie und Republik zusammenbrechen, dann würde die Sozialdemokratie in dem Nachthemd dastehen, das ihr die Bourgeoisie angezogen hat. (Lachen und Zuruf rechts: „Es ist aber Sonnabend!“) — Ja, es ist sehr schmutzig, das Nachthemd, das Sie der Sozialdemokratie angezogen haben. Deshalb der Jubel über die Wahl des Ministerpräsidenten Braun, daß man jetzt die Majorität in dem Dreimännerkollegium<sup>1</sup> gefunden hat, das eventuell den Landtag auflösen kann, wenn es Ihnen nach der Präsidentenwahl passen sollte. Der Präsident Bartels und dann der Ministerpräsident Braun. Da hat man sich klug ausgedacht: Wenn das Kabinett Braun keine Zustimmung findet, können wir den Landtag auflösen. Wir Kommunisten begrüßen es, wenn so schnell wie möglich Landtagswahlen stattfinden, weil wir der Meinung sind, daß die Politik, die die Sozialdemokratie seit vier Jahren im Landtage getrieben hat, zum Himmel stinkt. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten. — Andauernde Unruhe.) Wir begrüßen es, wenn eine reine Landtagswahl stattfindet, bei der nur die Preußenpolitik das Kriterium sein soll, nach dem die Wähler entscheiden. Wir werden also alles tun, die Regierungskrise hier im Hause nach Möglichkeit zu verschärfen, wir werden keiner Seite, weder der Weimarer Koalition noch der Rechten, den Gefallen tun, etwa ihre Geschäfte zu besorgen.

Mit den politischen Hintergründen dieses Regierungskonfliktes hängt auch die heute erfolgte Wahl des Ministerpräsidenten Braun zusammen. Braun — den Mann, der erwiesenermaßen mit Marx zusammen den Ruhrindustriellen das Siebenhundertmillionengeschenk gemacht hat, den Mann, der laut Protokoll mit Jarres zusammen die Versackungspolitik im Ruhrgebiet<sup>[22]</sup> betrieben hat, den Mann, der die Erfüllungspolitik unterstützt hat, ihn, der als preußischer Ministerpräsident vier Jahre lang in der Koalition mit den Volksparteilern reaktionäre Politik betrieben hat — hat man heute wieder auf den Schild erhoben, nicht nur zum Zwecke, die Regierungsbildung bis nach der Wahl des Reichs-

<sup>1</sup> Gemeint ist ein Kollegium, das aus dem Präsidenten des Landtages, dem Präsidenten des Staatsrates und dem Ministerpräsidenten besteht.  
*Die Red.*

präsidenten zu verschleppen, sondern auch zu dem Zwecke, Banner zu sein für die Auflösung des Landtages und für die preußischen Landtagswahlen. Wir sind den Sozialdemokraten dafür dankbar, daß sie den Mann herausgesteckt haben als ihren Bannerträger, unter dessen Regierungspolitik der schändlichste Arbeiterverrat, die schändlichste Knechtung des Proletariats getrieben worden ist. Über Sie wird das Proletariat eines Tages zur Tagesordnung übergehen.

*„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 1. Bd.*

# Für Umbildung der preußischen Regierung auf Grundlage der Mindestforderungen der Kommunistischen Partei Deutschlands!

*Zur Begründung des Antrages  
Preußischer Landtag  
24. Juni 1925*

In der Presse erscheinen fast täglich Mitteilungen über Verhandlungen, die über eine Umbildung der preußischen Regierung geführt werden. Der Kuhhändler für diese Umbildung ist die Zentrumspartei, die ganz offenkundig die Absicht verfolgt, in allen Ländern der deutschen Republik die Regierung an die monarchistischen Parteien zu verschachern. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Daß hinter dieser Absicht nicht nur fromme Wünsche, sondern auch der ernste Wille zur Durchführung steht, beweist die Regierungsbildung in Oldenburg, wo gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten das Zentrum mit der Volkspartei und den Deutschnationalen jetzt eine Regierung gebildet hat. Es ist des Landtages unwürdig, daß über die höchste Frage, die ihn angeht, hinter verschlossenen Türen von einzelnen Parteien Kuhhandel getrieben wird. Wir verlangen deshalb, daß das Plenum zu dieser Frage Stellung nimmt, und unterbreiten dem Hause folgenden Antrag:

Obwohl die preußische Regierung bisher nicht zurückgetreten ist und das Plenum des Landtages keinen Auftrag zur Umbildung der Regierung erteilt hat, versucht die Zentrumspartei unter Duldung der Sozialdemokraten und der Demokraten, eine Umbildung der Regierung durch Einbeziehung der Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei herbeizuführen, um dadurch den Einfluß der monarchistischen Parteien in der preußischen Regierung zu steigern und eine noch reaktionärere Regierung gegen die werktätigen Massen zustande zu bringen. Die Fraktion der Kommunistischen Partei brandmarkt diesen Kuhhandel hinter verschlossenen Türen als ein Schachergeschäft der verschiedenen kapitalistischen Interessencliquen und fordert von den Regierungsparteien und der Regierung ein

unzweideutiges Bekenntnis zu den in der kommunistischen Erklärung vom 29. April dieses Jahres im Preußischen Landtage erhobenen Mindestforderungen zur Abwehr der monarchistischen Reaktion in Preußen und zum Schutz der proletarischen Interessen.

Diese Mindestforderungen lauten:

1. Erlaß einer Vollamnestie, entsprechend dem Urantag des Abgeordneten Pieck und Genossen—Drucksache Nr.157 für Preußen und darüber hinaus Erlaß einer allgemeinen nach den gleichen Gesichtspunkten aufgestellten Vollamnestie im Reiche;
2. für alle Staatsbetriebe, auch wenn sie unter der Rechtsform von Aktiengesellschaften geführt werden, der Achtsturentag, soweit bergbauliche und besonders schwere oder gesundheitschädliche Arbeiten in Betracht kommen, die Siebenstundenschicht. Einwirkung auf die Gemeinden zu gleichem Vorgehen und Einwirkung mit allen Mitteln auf die Reichsbehörden für die allgemeine Durchführung des starren Achtsturentags;
3. Aufhebung der Hauszinssteuer ab 1. Mai 1925;
4. Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schupo;
5. Allgemeines Verbot, die Technische Nothilfe einzusetzen;
6. Beschlagnahme der in Preußen vorhandenen Vermögen aller früheren deutschen Fürsten; Ausweisung der Angehörigen deutscher Herrscherhäuser, die sich in Preußen aufhalten, und Einstellung aller Zahlungen an die Hohenzollern;
7. Säuberung der Beamtschaft von allen monarchistischen Elementen.

Die werktätigen Massen werden nicht dulden, daß sogenannte republikanische Parteien die preußische Regierung den Monarchisten ausliefern. Da die preußische Regierung bisher die kommunistischen Mindestforderungen unbeantwortet gelassen hat, so beantragt die Fraktion der Kommunistischen Partei:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Umbildung der preußischen Regierung erfolgt auf der Grundlage der Mindestforderungen der kommunistischen Fraktion.

Wir stellen diese Forderungen in Anbetracht der Tatsache, daß sehr ernste Bestrebungen von der Zentrumsparlei gemacht werden, den monarchistischen Parteien vollständig die Regierung in Preußen auszuliefern, die sich ja ohnehin schon sehr stark in ihren Klauen befindet. Wir verlangen, daß der Landtag zu dieser Frage sofort Stellung nimmt, damit dem unwürdigen Schauspiel dieses erbärmlichen Kuhhandels hinter verschlossenen Türen endlich ein Ende gemacht wird. Wir beantragen, daß dieser Gegenstand als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird.<sup>1</sup>

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 2. Bd.

---

<sup>1</sup> Vom Zentrum wurde widersprochen. Der Antrag wurde daher nicht auf die Tagesordnung gesetzt. *Die Red.*

# Gegen den Terror der reaktionären Polizei

Zur Geschäftsordnung  
Preußischer Landtag

## I

24. Juni 1925

Es liegen dem Hause eine Reihe von Anträgen vor, die sich mit dem Verhalten der Polizei befassen. So hat meine Fraktion auf der Drucksache Nr. 619 einen Antrag eingebracht, der sich mit dem Arbeitermord in Teltow beschäftigt, dann unter Drucksache Nr. 728 einen Antrag, der sich mit einer Reihe von Verstößen der Polizeiorgane gegenüber der Versammlungsfreiheit und dem Asylrecht beschäftigt. In ihm wird einmal darauf hingewiesen, daß am 18. Juni in einer öffentlichen Studentenversammlung ausländische Studenten verhaftet wurden, daß ferner am 18. April in einer bulgarischen Studentenversammlung ebenfalls ohne Nennung irgendeines triftigen Grundes Studenten verhaftet wurden. Ferner ist am 19. Juni in eine Zusammenkunft von Mitgliedern der Kommunistischen Partei die Polizei eingedrungen und hat dort Verhaftungen vorgenommen. Sodann ist bei einer Zusammenkunft von Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes die Polizei ebenfalls widerrechtlich eingedrungen und hat Verhaftungen vorgenommen. In einer Großen Anfrage Nr. 51 von der Sozialdemokratischen Partei wird auf die erschreckende Zunahme von Überfällen von Mitgliedern rechtsgerichteter Organisationen auf Angehörige der republikanischen Bevölkerung und auf das Verhalten der Polizeiorgane verwiesen, die sich auf die Seite der rechtsgerichteten Organisationen stellen.

Wir haben heute ferner den Antrag wegen solcher Überfälle rechtsgerichteter Organisationen auf das Volkshaus in Remscheid eingereicht. Wir beantragen, weil diese Dinge sehr dringlich sind, da sie sich täglich wiederholen, und weil der Landtag

Anlaß hat, gegen diese Polizeischweinereien vorzugehen, diese Anträge Nr. 619, 728, die Große Anfrage der Sozialdemokraten Nr. 51 und dann den Antrag betreffend Remscheid morgen als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.<sup>1</sup>

## II

24. Juni 1925

Wir meinen, daß die Beratung über den Domänen- und den Gestütsetat keinen Pfifferling wert ist gegenüber den außerordentlichen Schweinereien der Polizei gegen die Arbeiter. Es wundert mich, daß der Vertreter der Sozialdemokraten seine Hoffnung auf den Ältestenrat setzt. Wir meinen, es ist jetzt am Platze, zu befinden, ob sie auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

## III

24. Juni 1925

Ich halte den Ausdruck „Polizeischweinereien“ durchaus aufrecht. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

*Präsident Bartels*, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, der Abgeordnete Leidig hat durchaus recht: Vom parlamentarischen Standpunkt aus ist dieses Wort nicht zulässig und zu verwerfen. Wenn ich vorhin davon abgesehen habe, das zu rügen, so war es deshalb, weil ich es mit Stillschweigen übergehen wollte.“

Wir sind der Meinung, daß es gestattet sein muß, das, was gerichtsnotorisch ist, was an Gerichtsstelle festgestellt worden ist, hier zu sagen. Ich wiederhole also: Ich stelle fest, daß in der Po-

<sup>1</sup>Die SPD widersprach, den Antrag Wilhelm Piecks auf die Tagesordnung zu setzen, und empfahl, die Anträge ohne sofortige Besprechung dem Ältestenrat zu überweisen. Ihrer Meinung nach war die Fortsetzung der Beratung über die Domänenverwaltung vordringlich. *Die Red.*

lizei Organe unterhalten werden, die ganz bewußt darauf dresiert werden, Arbeiter niederzuschlagen, niederzuschießen. Zum Beispiel hat der Schupowachtmeister Wolter . . .

(Glocke des Präsidenten.)

*Präsident Bartels*, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, das gehört aber wirklich nicht zur Geschäftsordnung!“

Wenn es zur Geschäftsordnung möglich war, daß Herr Abgeordneter Leidig das rügte, dann muß es mir auch gestattet sein, darzulegen, warum dieser Ausdruck berechtigt ist. Ich stelle fest, daß in dem Falle des Schupowachtmeisters Wolter . . .

(Glocke des Präsidenten.)

*Präsident Bartels*, den Redner unterbrechend: „Nein, Herr Abgeordneter Pieck, es ist nicht möglich, das im Rahmen einer Geschäftsordnungsrede zu widerlegen. Das müssen Sie sich schon aufsparen, bis wir zur Aussprache über Ihre Anträge kommen.“

Also ich widerlege nicht, sondern begründe die Dringlichkeit unseres Antrages, und zwar damit, daß an Gerichtsstelle festgestellt wurde, daß der Schupowachtmeister Wolter zwei Arbeiter niedergeschossen hat, die Behörden angelogen hat, daß er von der höchsten Polizeistelle belobt wurde („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) und daß nachher an Gerichtsstelle festgestellt wurde, daß der Mann einen Meineid geleistet hat („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.), ferner daß in dem Falle des Schupooffiziers Pietzker in Halle sogar von ministerieller Seite festgestellt worden ist, daß der Mann, der nicht im vollen Besitz seiner Nervenkraft ist, trotzdem beauftragt wurde, in eine Versammlung zu gehen und dort auf Arbeiter zu schießen. Das sind zwei Fälle aus der großen Zahl der ungeheuren Polizeischweereien, die in der letzten Zeit vorgekommen sind, so daß der Landtag alle Ursache hätte, hier energisch einzugreifen. Die Klagen über die Übergriffe von Polizeiorganen kommen auch nicht aus Kommunistenkreisen allein, sondern aus allen Kreisen der Bevölkerung.

*„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 2. Bd.*

# Keinen Steuergroschen für verkrachte Stinnes-Unternehmungen!

*Zur Geschäftsordnung  
Preußischer Landtag  
30. Juni 1925*

Wir haben heute dem Büro einen Antrag überreicht, der folgenden Wortlaut hat:

Durch die Presse wird bekannt, daß die Preußische Staatsbank den verkrachten Stinnes-Unternehmungen 40 Millionen Mark aus Mitteln der preußischen Steuerzahler als Kredit zur Verfügung stellen will. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten:) Dabei ist der Staatsbank bekannt, daß die Reichsbank es abgelehnt hat, diesen Unternehmungen Kredit zu verschaffen. Nachdem durch den Kredit, den die Staatsbank den Barmat-Unternehmungen einräumte, von den Geldern der preußischen Steuerzahler Millionen verloren wurden, unternimmt es jetzt die Staatsbank erneut, in noch größerem Maße die preußischen Steuereinkünfte an ein verkrachtes Unternehmen zu verschleudern. Die Fraktion der Kommunistischen Partei beantragt deshalb:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium wird beauftragt:

1. sofort der Preußischen Staatsbank zu untersagen, den verkrachten Stinnes-Unternehmungen irgendwelchen Kredit einzuräumen;
2. bei der Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die bankrotten Stinnes-Unternehmungen enteignet und in Staatsregie unter Kontrolle der Betriebsräte weitergeführt werden, um dadurch einer Entlassung der in diesen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter vorzubeugen; sollte die Reichsregierung die Enteignung ablehnen, so hat das Staatsministerium die in Preußen liegenden Stinnes-Unternehmungen zu enteignen und in Staatsregie fortzuführen;

3. nachzuprüfen, ob die Steuereinkünfte einen solchen Überschuß erbringen, daß die Preußische Staatsbank in der Lage ist, derartig hohe Kredite geben zu können. In bejahendem Falle sind die Steuern der werktätigen Massen entsprechend herabzusetzen.

Der Antrag spricht nicht nur für sich selbst ohne ein Wort der Empfehlung, sondern die Angelegenheit ist auch so dringlich, daß das Haus nicht erst abwarten kann, bis die Vorlage verteilt ist, sondern unter Abkürzung der Fristen diesen Antrag morgen als siebenten Punkt der Tagesordnung behandeln muß. — Und zwar dergestalt, daß er ohne Begründung und Besprechung dem Hauptausschuß mit dem Auftrag überwiesen wird, sofort in eine Beratung dieses Antrages einzutreten und noch vor der Vertagung des Landtages an das Plenum zu berichten. Es ist durch die Presse schon genügend bekanntgeworden, wie die Preußische Staatsbank erneut die preußischen Staatsgelder in einer Weise vergeuden will, die bisher unerhört gewesen ist. Denn daß es einer Vergeudung gleichkommt, wenn Gelder in diese Unternehmungen hineingesteckt werden, wird doch hoffentlich kaum bestritten werden. Es liegt ein eminentes allgemeines Interesse vor, das zu verhindern. Deshalb ersuchen wir den Landtag, unseren Antrag morgen als siebenten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, mit der Einschränkung bezüglich der Beratung und Begründung, aber mit dem Auftrag an den Hauptausschuß, den Antrag zu erledigen.<sup>1</sup>

*„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 2. Bd.*

---

<sup>1</sup> Am 1. Juli wurde beschlossen, den Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen. *Die Red.*

# Solidarität mit den revolutionären Arbeitern und Bauern Ungarns!

*Zur Geschäftsordnung  
Preußischer Landtag*

I

14. Oktober 1925

Am letzten Sonntag brachte die „Vossische Zeitung“ die Meldung, daß am 20. Oktober der ungarische Unterrichtsminister, Kuno von Klebelsberg, zu einem offiziellen Besuch nach Berlin kommt, um hier mit dem preußischen Kultusminister, Dr. Becker, über die Einrichtung eines Instituts zu verhandeln, in dem die in Berlin studierenden ungarischen Staatsstudenten durch deutsche Gelehrte in wichtigen Unterrichtsfächern ausgebildet werden sollen. Die ungeheuren Schandtaten sind bekannt, die die ungarische Regierung durch ihren blutigen Terror an der ungarischen Arbeiterklasse verübt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

*Präsident Bartels*, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, ich habe Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung gegeben. Ich weiß nicht, was das mit der Geschäftsordnung zu tun hat.“

Sofort, Herr Präsident! — Außerdem ist bekannt, daß in den jüngsten Tagen ungeheure Verhaftungen vorgekommen sind und daß Gefahr für das Leben einer Reihe revolutionärer Arbeiter besteht. Wir erlauben uns deshalb, folgenden Antrag zu stellen:

Am 20. Oktober dieses Jahres wird Zeitungsmeldungen zufolge der ungarische Unterrichtsminister, Kuno von Klebelsberg, zu einem offiziellen Besuch nach Berlin kommen, um unter anderem auch mit dem preußischen Kultusminister, Dr. Becker, über die Schaffung eines Instituts zu verhandeln, an dem ungarische Staatsstudenten von deutschen Gelehrten unterrichtet werden sollen.

Die ungarische Horthy-Regierung hat seit sechs Jahren einen unerhörten grausamen Terror an den ungarischen Arbeitern und Bauern verübt, um jede freiheitliche Regung auszurotten. Zu Tausenden sind die Arbeiter und Bauern auf Veranlassung oder unter Duldung dieser Regierung hingerichtet und in den Kerkern zu Tode gequält worden, Tausende schmachten noch in den Kerkern und unterliegen den schlimmsten Folterungen und Martern. Zu Tausenden sind die Arbeiter und Bauern von den durch die Regierung unterstützten weißgardistischen Banden erschlagen worden.

Die jüngsten Verhaftungen des ehemaligen Volkskommissars Rákosi und vieler Arbeiter der Sozialistischen Arbeiterpartei, ihre Folterungen und Mißhandlungen zur Erpressung von Geständnissen, die Gefahr neuer Justizverbrechen und Todesurteile zeigen, daß die ungarische Bourgeoisie ihren Rachedurst an den Räterepublikanern immer noch nicht gestillt hat. Die Regierung bereitet die schlimmsten Ausnahme Gesetze gegen die Arbeiterklasse vor. Durch ihre scheußlichen Verbrechen an der Arbeiterklasse hat die Horthy-Regierung den Abscheu jedes anständigen Menschen hervorgerufen, und in allen Ländern der Welt haben große Massenkundgebungen gegen diese Verbrechen stattgefunden.

Es ist auch noch zu beachten, daß die ungarische Regierung den geflohenen deutschen faschistischen Meuchelmördern und Monarchisten fortgesetzt in der bereitwilligsten Weise Aufenthalt gewährt, sie sogar mit Geldmitteln unterstützt und ihnen dadurch ermöglicht, neue konterrevolutionäre Anschläge gegen die deutsche Republik und deren Arbeiterklasse vorzubereiten.

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ersucht das Staatsministerium, der ungarischen Regierung sofort mitzuteilen, daß es den Empfang des ungarischen Unterrichtsministers solange ablehnt, bis die ungarische Regierung alle politischen Gefangenen freigelassen, den ungarischen Arbeitern und Bauern ein uneingeschränktes Koalitionsrecht gegeben hat und im übrigen die Gewähr bietet, daß die unerhörten Verfolgungen der Arbeiterklasse eingestellt werden. (Bravorufe bei den Kommunisten.)

Die Dringlichkeit des Antrages ist dadurch gegeben, daß Herr von Klebelsberg sich zu der Reise rüstet und es deshalb erforderlich ist, daß das Staatsministerium ihn rechtzeitig wissen läßt, daß wir diesen Besuch nicht wünschen. Andererseits steht das Leben vieler revolutionärer Arbeiter auf dem Spiel, die durch das standgerichtliche Verfahren aus Anlaß der jüngsten Verhaftungen zum Tode durch den Strang verurteilt werden, wenn nicht der Massenprotest aller anständigen Elemente der Welt sich dagegen aufbäumt.

Ich erwarte deshalb, daß sich niemand in diesem Hause findet, der Widerspruch erhebt, daß dieser Antrag sofort behandelt und durch eine kurze öffentliche Besprechung zum einstimmigen Beschluß des Landtages erhoben wird.<sup>1</sup>

## II

15. Oktober 1925

Neben unserem gestern gestellten Urantrag wegen des angekündigten Besuches des ungarischen Unterrichtsministers stellen wir folgenden neuen Antrag:

Die kommunistische Fraktion beantragt:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ersucht das Staatsministerium, der ungarischen Regierung sofort telegraphisch mitzuteilen, daß es den Empfang des ungarischen Unterrichtsministers ablehnt, wenn nicht sofort das standgerichtliche Verfahren gegen den ehemaligen ungarischen Volkskommissar Rákosi und die mit ihm verhafteten Arbeiter eingestellt und die Untersuchung der erhobenen Beschuldigungen in einem ordentlichen Gerichtsverfahren vorgenommen wird.

Der Unterschied zwischen diesem Antrag und dem gestern gestellten ist, daß der eben verlesene Antrag sich nur auf das heute

---

<sup>1</sup> Infolge des Widerspruchs der Deutschnationalen wurde der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt. *Die Red.*

morgen in Budapest begonnene Standgerichtsverfahren gegen die genannten Personen beschränkt. Zur Dringlichkeit dieses Antrages, von dem wir beantragen, daß er als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird, ein paar Worte.

Dieses Standgericht, das heute morgen in Budapest begonnen hat, ist eingeleitet worden lediglich auf Grund der Tatsache, daß Rákosi und mit ihm eine Reihe von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei — die keine kommunistische ist — den Versuch unternommen haben, eine organisatorische Zusammenfassung der revolutionären Arbeiter einzuleiten. Die Verhaftung erfolgte auch nicht wegen eines Deliktes, auf Grund dessen sie jetzt vom Standgericht verurteilt werden sollen. Der Staatsanwalt steht nämlich auf dem Standpunkt, daß es sich hier um Aufruhr handle, der nach ungarischen Gesetzen vor ein Standgericht gehöre, und daß, wenn das Urteil auf schuldig lautet, das Urteil auf Tod durch den Strang ergehen muß und dieses Urteil innerhalb von zwei Stunden zu vollziehen ist. Wir sind von der ungarischen Regierung und Klassenjustiz einiges gewohnt, und deshalb müssen wir erwarten, daß auch dieses neue Justizverbrechen begangen werden wird. Wir wissen, daß hier der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten genügt, um die sofortige Erledigung des Antrages zu verhindern. Wir verzichten auf Begründung und Besprechung dieses Antrages, weil es uns darauf ankommt, daß zum mindesten der Versuch gemacht werden soll, durch eine solche Mitteilung an die ungarische Regierung dieses beabsichtigte ungeheure Justizverbrechen zu verhindern. Wir erwarten, daß niemand hier im Hause widerspricht, so daß der Antrag durch einfache Abstimmung sofort seine Erledigung finden kann.<sup>1</sup>

*„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 3. Bd.*

---

<sup>1</sup> Der Antrag wurde abgelehnt. *Die Red.*